

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen  
Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder.

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 55 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,80 Mark.

Stuttgart den 20. Februar 1907

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zunbef), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtach-Strasse 12.

## Inhalts-Verzeichnis.

Die Stichwahlen und ihre Lehren. Von G. L. — Die proletarische Jugendbewegung in Holland. Von Roland-Dollé. — Was lehren uns die Reichstagswahlen? Von K. D. — Das Frauenwahlrecht auf dem siebten Jahreskongress der britischen Arbeiterpartei. Von M. Beer. — Her mit der Unfallversicherung für die Dienstmädchen. Von Luise Zieg. — Aus der sozialdemokratischen Frauenbewegung Schwedens. Von Wilhelm Jansson.

Aus der Bewegung: Genossin Goldig + — Mitarbeit der Genossinnen im Wahlkampf. — Agitation für den Heimarbeitererschutz. — Politische Rundschau. Von H. B. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. Fl. — Gewerkschaftliche Rundschau.

Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Verschiedenes. — Quittung.

Feuilleton: Der Sperling. Gedicht in Prosa von Iwan Turgenjew. — Der Grubenbrand. Von Ida Regri. (Gedicht.) — Heimarbeit. Von G. W.

bedauerlich, erklärt sich aber aus dem Unmut über die reaktionäre Schwendung des Liberalismus. Solche Ausnahmefälle heben aber nicht den Gesamtcharakter der sozialdemokratischen Stichwahltaktik auf, während gerade die ganz allgemeine Unterstützung der konservativen und nationalliberalen Reaktionäre durch die Freisinnigen auf deren Umwandlung zu einer Schutztruppe des junkerlich-bureaucratischen Regierungssystems das Siegel der Vollendung gedrückt hat.

In keinem Einzelfalle ist diese Wandlung so sinnfälliger in Erscheinung getreten wie bei der Wahl des Herrn Eichhoff in beiden Wahlkreisen Mühlhausen und Remscheid. Dem „Bayerischen Kurier“, einem Zentrumsblatt in München, sind Briefe aus dem Zentralsbureau des Flottenvereins in die Hände gefallen, aus denen hervorgeht, daß dieser angeblich unpolitische Verein im Einverständnis mit dem Reichskanzleramt und dem Kolonialamt eine Wahlmache großen Stils betrieben hat. Das Kolonialamt hat Broschüren dazu geliefert, der Reichskanzler Geld, 30 000 Mk. auf einmal; wie offiziös versichert wird, indes nicht aus amtlichen Fonds, sondern aus privaten Quellen. Mit diesen Mitteln ist nun aber ebensowohl für die Freisinnigen gearbeitet worden wie für die Parteien der Rechten. Ja, aus einem Briefwechsel des Generalmajors Reim mit dem Professor Eichhoff geht hervor, daß dieser freisinnige Kandidat sich der Unterstützung des gesamten amtlichen Apparats bei der Wahl im Kreise Lennep-Remscheid erfreuen konnte. Herr Reim versicherte ihm noch außerdem, daß der Reichskanzler in ihm die geeignete Persönlichkeit sähe, um die Freisinnige Volkspartei im „nationalen Fahrwasser“ zu halten.

Herr Eichhoff hat sich dieses Vertrauens denn auch sofort würdig gezeigt. Er war in zwei Stichwahlen gewählt worden: in Remscheid gegen einen Sozialdemokraten, in Mühlhausen i. Th. gegen den bekannten freikonservativen Scharfmacher und Wahlrechtsfeind Oktavio, Freiherr von Jedlitz und Neulirch. Mühlhausen war obendrein Eichhoffs alter Wahlkreis. Er hatte wiederholt versichern lassen, daß er im Falle einer Doppelwahl in Mühlhausen annehmen würde. Jetzt hat er sich jedoch für Remscheid entschieden, wie er die Sache motiviert, aus „nationalem“ Interesse. In Remscheid, das bisher von einem Sozialdemokraten vertreten war, hat nämlich die Sozialdemokratie auch bei einer Nachwahl mehr Chancen, in Mühlhausen aber die Reaktion. Auch bei dieser Entscheidung erscheint also die Begünstigung der Reaktion dem uneutwegten Freisinnsmann als „nationale“ Pflicht. Etwas anderes läßt sich allerdings von einem Schützling der obrigkeitlichen Wahlmache nicht erwarten. Ganz gleich urteilt auch der Abgeordnete Müller-Meinungen, der zur Wahl des durch und durch reaktionären nationalliberalen Lehmann in Jena aufgefordert hat. Und diese Leute wagen es noch immer, von einem Aufschwung des Liberalismus, der bürgerlichen Demokratie zu fesseln! Ihre Worte sind Schall und Rauch; durch ihre Taten aber kennzeichnen sie sich als Zutreiber der junkerlichen Gewaltherrschaft in Deutschland.

## Die Stichwahlen und ihre Lehren.

Die Stichwahlen haben vollendet, was die Hauptwahlen begonnen haben; der Mandatsverlust der Sozialdemokratie ist, an den Wahlen von 1903 gemessen, auf 38 Sitze angewachsen. Zu den 29 Sitzen, die wir in der Hauptwahl sofort behauptet hatten, sind nur noch 14 Sitze hinzugekommen. So haben die Stichwahlen den Eindruck der stärkeren Klassenscheidung im politischen Kampfe verstärkt. Wo die Klassenscheidung am weitesten vorgeschritten ist, im Königreich Sachsen wie im ganzen nordöstlichen Deutschland, haben wir überhaupt nicht einen einzigen Sitz in den Stichwahlen mehr errungen.

Man kann Deutschland nach diesen Stichwahlkämpfen in zwei, auch geographisch scharf geschiedene Hälften teilen, eine nordöstliche und eine südwestliche. Die Trennungslinie verläuft in südost-nordwestlicher Richtung zwischen Sachsen, Thüringen, Hannover auf der einen und Bayern, Hessen, Westfalen auf der anderen Seite. In der nordöstlichen Hälfte haben wir in der Hauptwahl 24 Sitze, aber keinen einzigen Stichwahlsitz, in der südwestlichen Hälfte haben wir in der Hauptwahl nur 5 Sitze, aber dazu dann noch 14 Stichwahlsitze errungen. In der nordöstlichen Hälfte ist es schon so weit gekommen, daß alle bürgerlichen Parteien teils schon in der Hauptwahl, sicher aber in der Stichwahl geschlossen gegen die Sozialdemokratie vorgehen. Die Stichwählerfolge in der südwestlichen Hälfte sind darauf zurückzuführen, daß dort in einer Anzahl von Wahlkreisen der gemeinsame Vorstoß der Regierungen und der konservativ-liberalen Koalition gegen Sozialdemokratie, Zentrum und Polen die letzteren beiden Parteien zur Unterstützung unserer Partei genötigt hatte. So errangen wir mit Hilfe des Zentrums gegen die Nationalliberalen dort 10 Mandate und gegen die Freisinnigen 2 Mandate, während wir gegen das Zentrum mit Hilfe der Freisinnigen nur 2 Mandate sicherten. Umgekehrt lieferten die Freisinnigen in der nordöstlichen Reichshälfte nicht weniger als 30 Kreise, in denen wir mit Nationalliberalen oder Konservativen in der Stichwahl standen, samt und sonders an die Reaktion aus. Sogar Herr v. Oldenburg-Fanuschau, der einmal im Reichstag ungeniert erklärt hatte, daß er einen Inspektor entlassen hätte, weil er gewagt habe, freisinnig zu wählen, wurde mit Hilfe der Freisinnigen gegen einen Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt. Während aber die Freisinnigen in der Nordosthälfte einem jeden Reaktionär unbedingt den Vorzug gaben vor einem Sozialdemokraten, haben in der nämlichen Reichshälfte die Sozialdemokraten für nicht weniger als 16 Freisinnige den Ausschlag bei der Stichwahl gegeben. Darin liegt der deutlichste Beweis, daß die Sozialdemokratie gewillt war, das Anschwimmen der wahlrechtsfeindlichen Parteien nach Möglichkeit zu hindern, wie das die Stichwahlparole des Parteivorstandes den Parteigenossen zur Richtschnur gemacht hatte. Daß in vereinzelten süddeutschen Wahlkreisen die Parteigenossen durch Unterstützung von Bauernbündlern von dieser Richtschnur abzuweichen sind, ist recht

## Die proletarische Jugendbewegung in Holland.

Das Emporkommen und die Entwicklung einer proletarischen Jugendbewegung hängt zusammen mit einer Reihe von sozialpolitischen Umständen, wie die Vereinsgesetzgebung für Minderjährige, die Stärke des militaristischen Drucks usw. Dabei sind aber die Geschicke einer solchen Bewegung eng verknüpft mit denen der allgemeinen Arbeiterbewegung, und Holland liefert hierfür einen schlagenden Beweis.

Wenn ungeachtet des Umstandes, daß unsere Vereinsgesetzgebung der politischen Organisation von Minderjährigen (wie von Frauen) nichts in den Weg stellt, eine sozialdemokratische Jugendbewegung in der Art der „Jungen Garde“ in Süddeutschland erst in den letzten Jahren entstanden ist, so ist daran vor allem die anarchistische Abschwenkung der sogenannten alten sozialistischen Bewegung schuld. Die Verirrung dieser innerlich unreifen und unklaren, aber rührigen und von starker Begeisterung der Massen getragenen Bewegung (1880 bis 1892) warf den proletarischen Klassenkampf in Holland auf Jahre zurück. Selbstverständlich riß sie die Jugendbewegung mit, die unter ihren Fittichen aufgewachsen war. Diese datierte vom Jahre 1885. Die Anfänge einer Organisation der jungen Arbeiter liegen also in unserem Lande schon an zwanzig Jahre zurück. Und wie wenig ist in dieser Zeit erreicht worden!

1885 wurden in Amsterdam, Groningen, Haag usw. die ersten „sozialistischen Jünglingsvereine“ gegründet. In den nächsten Jahren griff die Jugendbewegung immer weiter um sich, besonders in der Provinz Friesland, wo unter dem Einfluß der agrarischen Krise der achtziger Jahre ein starker Agrarsozialismus im Aufkommen war. 1888 traten alle Jünglingsvereine zu einem Verband zusammen, der sich gleichzeitig dem „Sozialdemokratischen Verband“ angeschlossen.

In die folgenden Jahre fällt dann die Blütezeit dieser ersten Organisation der proletarischen Jugend. Vor allem entfaltete sie eine rege antimilitaristische Agitation nach belgischem Muster. Es bestand damals noch die Stellvertretung, die der holländischen Bourgeoisie die Möglichkeit gab, alle persönlichen Lasten des Militarismus auf die Schultern des Proletariats abzuwälzen. Dieses verhasste Klassenprivileg erweckte natürlich in dem aus stumpfsinniger Gleichgültigkeit eben erwachenden Proletariat eine leidenschaftliche Erbitterung, und so fand die antimilitaristische Agitation der „sozialistischen Jünglingsvereine“ einen fruchtbarsten Boden.

Wäre die „alte sozialistische Bewegung“ im guten, internationalen Geleise geblieben, hätte sie nach und nach die Unklarheit und Rohheit ihrer Jugend überwunden, ihr Wissen vertieft, ihre Praxis geklärt im Sinne des Marxismus, ohne Zweifel wäre auch die Jugendbewegung, keine Entgleisungen ausgenommen, auf richtigem Wege geblieben. Jetzt aber war das ganz ausgeschlossen. In dem Maße, wie der „Sozialdemokratische Verband“ seiner alten Taktik untreu ward, dem Wahlrecht jede Bedeutung absprach und sich endlich in den extremen Antiparlamentarismus verrannte, nahm auch die Jugendbewegung immer mehr anarchistische Färbung an. Für die Aufklärung und Erziehung ihrer Mitglieder in sozialdemokratischem Sinne hatte sie nie etwas getan, nie etwas tun können, da es ja völlig mangelte an wissenschaftlich geschulten Genossen, die die Erziehung der Jugend hätten in die Hand nehmen können. Ein neues Geschlecht mußte mit Mühe und Not selbst erzogen werden, ehe die Erziehung der Jugend einen Anfang nehmen konnte. Es herrschte in der „alten Bewegung“ noch völlige Unklarheit über die Gesetze der sozialen Entwicklung, ein kindlicher Glaube an den „nahen Tag“ des Zusammenbruchs der kapitalistischen Gesellschaft, eine unendliche Unterschätzung der Lebenskraft dieser Gesellschaft sowie eine nicht geringere Überschätzung der eigenen Kräfte. Dies alles spiegelte sich natürlich in der Jugendbewegung getreu wider; sie wurde mehr und mehr anarchistisch und suchte ihre Kraft in kindischen Putschen, Balgereien mit der Polizei usw. zu beweisen. Mit dem Niedergang des „Sozialdemokratischen Verbandes“ ging auch die Jugendbewegung zugrunde. Seit 1892 verlor sie rasch an Kraft und sank in einigen Jahren zu völliger Bedeutungslosigkeit herab. Einige spätkliche Überreste ihrer Vereine haben sich bis jetzt hier und da erhalten und werden wohl so lange erhalten bleiben, bis der Anarchismus in der holländischen Arbeiterbewegung völlig überwunden ist.

Fast ein Jahrzehnt währte es, bis eine neue Jugendbewegung auf dem Boden der sozialdemokratischen Grundfänge aufkam. Dies Jahrzehnt ist ausgefüllt mit dem Entstehen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und dem Kampf der jungen Organisation wider den Anarchismus. Erst als die Sozialdemokratie einen Teil des Proletariats an sich gezogen hatte, war die Grundlage gegeben, auf der eine gesunde Jugendbewegung emporkommen konnte.

G. L.

Die erste Anregung, eine solche in die Wege zu leiten, gab der internationale sozialistische Kongress von Paris im Jahre 1900. Die Resolution gegen den Militarismus und zugunsten des Völkervertrages, der jener Kongress zustimmte, lud die sozialistischen Parteien aller Länder ein, die Aufklärung und Organisation der Jugend zum Zwecke der Bekämpfung des Militarismus in die Hand zu nehmen. Dieser Passus gab einigen Genossen Anlaß, auf dem holländischen Parteitag von 1901 den Antrag zu stellen, eine Kommission einzusetzen mit der Aufgabe, sich der Organisation und Erziehung der Jugend in antimilitaristischem Sinne anzunehmen. Bei der Diskussion zeigte sich eine starke Strömung allen derartigen Plänen abgeneigt: sie fürchtete eine Wiederholung der früheren Geschehnisse. Im allgemeinen kam sowohl bei den Antragstellern als bei den Gegnern noch große Unklarheit über Formen und Ziele einer proletarischen Jugendbewegung ans Licht. Aber die Sache war ins Rollen gebracht: es wurde erkannt, daß Organisation und Erziehung der Jugend notwendig seien, und eine Kommission mit ziemlich weitgehenden Befugnissen wurde ernannt.

Bald nach jenem Parteitag wurde der erste sozialdemokratische Verein junger Arbeiter „De Zaaiër“ („Der Sämann“) mit 26 Mitgliedern in Amsterdam gegründet. Dort lagen die Verhältnisse am günstigsten, weil es dort eine Anzahl geschulter Parteigenossen gab, die der Jugend mit Rat und Tat behilflich sein konnten. Der Verein nahm rasch an Mitgliedern zu: ein Jahr nach der Gründung zählte er über 800. Er entwickelte eine große Tätigkeit auf erzieherischem Gebiet: so organisierte er außer Unterrichtskursen in der holländischen Sprache usw. Vorträge über Nationalökonomie, Arbeitergesetzgebung und Militarismus, die zum Teil glänzend besucht wurden. Jedoch dieser rasche Aufschwung währte nicht lange; schon Anfang 1903 trat eine Erschlaffung ein, die zwar in den Monaten Februar bis April unter dem erhebenden Eindruck des Sieges der Eisenbahner und der sieberhaften Erregung in den Arbeitermassen einem erneuten Aufschwung wich, dann aber nach der bekannten Aprilniederlage zum völligen Zusammenbruch führte. In den nächsten Jahren blieben nur wenige Betreuer über. In der Provinz waren in dieser Zeit ebenfalls einige Vereine gegründet worden (Utrecht, Groningen, Enschede), die sich mit der Hilfe dortiger Parteigenossen erfreulich entwickelten.

Mit 1905, da die Entmutigung, die der Niederlage von 1903 folgte, sich zu heben anfing, trat wieder eine Wendung zum Besseren ein. Die bisher unabhängig voneinander bestehenden Vereine traten zu einem Verband zusammen, der ein sozialdemokratisches Programm annahm. Die Agitation wurde eifriger betrieben, und ihr Ergebnis — die Gründung von zwölf neuen Lokalvereinen in anderthalb Jahren — ist, wenn auch lange nicht zufriedenstellend, so doch nicht schlecht zu nennen. Heute beträgt die Mitgliederzahl des Verbandes gut 400, wovon erfreulicherweise eine nicht unbedeutende Zahl weiblichen Geschlechtes. In Amsterdam sind zurzeit von den 42 Mitgliedern 16 Mädchen, für Utrecht sind diese Zahlen 45:10, für den Haag 67:16. Der Verband gibt seit August d. J. ein eigenes Monatsblatt heraus in einer Auflage von 2000 Exemplaren.

In den Statuten wird der Zweck des Verbandes wie folgt umschrieben: „Der Verband sieht auf sozialistischer Grundlage und hat zum Zweck, junge Arbeiter und Arbeiterinnen aufzuklären und zu erziehen, damit sie einsehen, daß es die Aufgabe des Proletariats ist, im Kampfe sich die Befreiung vom kapitalistischen Joch zu erobern, sowie ihnen die gesellschaftliche Entwicklung klar zu machen, damit sie zu tüchtigen Kämpfern und Kämpferinnen in der modernen Arbeiterbewegung werden.“

Man sieht: der Verband stellt sich bloß Zwecke der Aufklärung und Erziehung, nicht des Kampfes. Auch eine in bezug auf den Militarismus von der ersten Jahresversammlung angenommene Resolution spricht nur von der Pflicht, den jungen Arbeitern „Wesen und Charakter des Militarismus klar zu machen“ — nicht von der Pflicht des Kampfes gegen ihn.

Der Verband unterscheidet sich also in dieser Hinsicht scharf von den Jugendorganisationen Belgiens, Italiens usw., die den Kampf gegen den Militarismus als ihre wichtigste Aufgabe betrachten. Er ist, wie die „Junge Garde“ Süddeutschlands, mehr einem sozialdemokratischen Bildungsverein ähnlich. Und dies nicht deswegen, weil unsere Vereinsgesetzgebung eine politische Wirksamkeit Minderjähriger nicht gestattet, sondern aus freien Stücken, aus Überzeugung seiner Gräner, daß der junge Arbeiter erst lernen muß, um ein tüchtiger Kämpfer werden zu können. Die Lokalvereine nehmen folglich an Demonstrationen der allgemeinen Arbeiterbewegung, wie Matumzüge, Wahlrechtsmanifestationen usw., nicht teil.\* Selbstverständlich schließt dies nicht aus, daß viele der jungen Leute sich persönlich eifrig an solchen Demonstrationen sowie auch an Parteiarbeiten: Flugblätterverteilung usw., beteiligen.

Im allgemeinen scheint uns dieser Standpunkt des Verbandes recht vernünftig zu sein. Meines Erachtens soll eine Jugendorganisation gewiß den Hauptnachdruck auf die Erziehung ihrer Mitglieder legen. Nur fragt es sich, ob eine zu streng durchgeführte Enthaltenspolitik jeder Kampfsaktivität hier nicht das Kind mit dem Bade ausschütten heißt. Junge Arbeiter von 17 bis 20 Jahren, wie sie die Mehrzahl der Mitglieder der Vereine bilden, wissen — besonders wenn sie in einem sozialistischen Milieu aufgewachsen sind — doch ganz genau, daß sie ein Interesse haben an der Eringung des Wahlrechtes, der gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit usw. Dafür aktiv einzutreten, gemeinsam mit den älteren

Generationen am proletarischen Befreiungskampfe teilzunehmen, ist ihnen Bedürfnis und Genuß. Und ich sehe nicht ein, daß es ihnen vorteilhaft ist, sich da allzu großen Zwang aufzulegen. Gewiß soll die Erziehung, das Lernen Hauptzweck einer proletarischen Jugendorganisation sein: deren ausschließlichen Zweck bilden soll es aber nicht. Wollte der Proletarier das Handeln, das heißt das Kämpfen ausschließen, bis er sich geistig vollkommen reif dazu fühlt, er läme überhaupt nie ans Handeln. Die jungen Arbeiter sollen gleich von Anfang an sich gewöhnen, Lehre und Tat, Theorie und Praxis zu verbinden, wiewohl die zweite anfänglich hinter der ersten bescheiden zurücktreten soll.

Ein organischer Zusammenhang zwischen dem Verband der jungen Arbeiter und der Partei besteht zurzeit nicht, dazu ist die alte Abneigung gegen jede Jugendbewegung in der Partei noch nicht genug geschwunden. Aber immer größer wird die Zahl der Genossen, die dieser Bewegung sympathisch gegenüberstehen und die ihre Pflicht und Schuldigkeit der jungen Generation gegenüber begreifen. Sozialdemokraten standen Pate an der Wiege des Verbandes, Sozialdemokraten halten die verschiedenen Vorträge und leiten die Unterrichtskurse, die den Hauptteil seiner Tätigkeit ausmachen. Sozialdemokraten redigieren und schreiben sein Organ. In einigen Orten — so in Amsterdam — entsendet die Partei einen Delegierten in den Jugendverein; fast überall werden die Bildungskurse im Einverständnis mit der Partei oder der Organisation der sozialdemokratischen Volksschullehrer geregelt. Nur der Zentralvorstand leitet, und zwar zurzeit mit Klugheit und Geschick, die Angelegenheiten des Verbandes, gänzlich von der Partei unabhängig.

Wie viele und gute Beziehungen also zwischen Partei und Jugendverband bestehen, so halten wir dennoch einen festeren, näheren Zusammenhang, als er sich aus solchen Beziehungen ergibt, für wünschenswert. Jene haben immer etwas Zufälliges und Loses, sie wechseln mit Zeit und Ort. Hier ist ein Sozialverein der Jugendorganisation mit allen möglichen Mitteln behilflich, dort finden die jungen Leute lauter verschlossene Türen. Der vorige Parteivorstand war der Jugendorganisation sehr gewogen, er entsandte einen Delegierten in ihre Jahresversammlung und sprach sich günstig über ihre Absicht aus, ein eigenes Blatt herauszugeben. Die heutige Parteileitung denkt in diesem Punkte anders: sie hat sich gegen das Blättchen erklärt und jede moralische wie finanzielle Hilfe verweigert. Dieser Mangel einer festen und allgemeinen Grundlage der Beziehungen zwischen Partei und Jugendorganisation ist natürlich der letzten nicht förderlich. Was meines Erachtens not tut, ist, daß die Partei, das heißt der Parteitag, den Wert der proletarischen Jugendorganisation offiziell anerkennt und es klipp und klar ausspricht, daß eine geistige, körperliche und sittliche Erziehung — sittlich hier im Sinne von tapferer und kameradschaftlicher Gesinnung — für die proletarische Jugend notwendig ist. Die Partei muß selbst Hand anlegen: sie muß es in ihrem eigenen Interesse. Sie soll mit ihrer größeren Kraft, ihrer reiferen Erfahrung, ihren reichlicheren Geldmitteln dem Jugendverband in allem behilflich sein, wozu seine eigenen Kräfte und Mittel nicht reichen. Daß die holländische Jugend „organisationsfähig“ ist, zeigt das Beispiel der calvinistischen Jugendverbände: sie zählen zurzeit 23392 Mitglieder, die Frucht der Anstrengungen eines halben Jahrhundert. Gegenüber diesen Zehntausenden, die zur demütigen Ergebung, zur slavischen Gesinnung erzogen werden, verschwinden die paar hundert jungen Proletarier, die schon in der Zeit des Erwachens aller Kräfte das Glück genießen, den Flügel Schlag des Sozialismus über ihren Häuptern rauschen zu hören. Die Jugendorganisation hat in unserem Lande noch eine unermessliche Aufgabe: möge sie, um diese zu erfüllen, in stets höherem Maße Hilfe und Stütze finden bei der Partei!

H. Roland-Holff.

## Was lehren uns die Reichstagswahlen?

Die Stichwahlen sind vorüber. Sie haben die Physiognomie, die die Hauptwahlen dem neuen Reichstag aufgeprägt hatten, nicht wesentlich verändert und uns bei weitem nicht eingebracht, was wir bei jenen verloren haben. Zwar haben wir einen Stimmenzuwachs von einer Viertelmillion zu verzeichnen, aber nur 48 Mandate erobert gegenüber 81 im Jahre 1903. Auch die Zunahme der sozialdemokratischen Wähler ist auf den ersten Blick nicht besonders glänzend: während die Bevölkerung seit der letzten Wahl ungefähr um 6 Prozent gewachsen ist, hat die sozialdemokratische Stimmenzahl sich um 8 Prozent vermehrt. Da haben die Gegner ganz andere Verhältniszahlen aufzuweisen! Aber: man muß die Stimmen wägen und nicht zählen! So falsch und verwerflich dieses Wort auch im Munde der Wahlrechtsfeinde ist, so berechtigt ist es bei der Beurteilung der diesmal für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen. Nach dem Dreimillionensteg von 1903 waren alle Einsichtigen sich darüber klar, daß wir das plötzliche Emporschnellen um neunhunderttausend Stimmen nicht unseren eigenen Klassengenossen allein zu verdanken hatten. Vielen von denen, die an jenem 16. Juni für die Sozialdemokratie gestimmt haben, waren ihre eigentlichen Ziele fremd. Sie kamen zu uns, weil wir kämpften gegen das autokratische Regiment, gegen das Klassenwahlrecht zu den Landes- und Kommunalvertretungen, gegen die Beschränkungen der Versammlungs-, Press- und Redefreiheit, gegen indirekte Besteuerung und Zollwucher, gegen den Militarismus mit seinem Gefolge von Soldatenschinderei und Kolonialgreueln, mit einem Worte, weil wir die Erben und konsequenten Vertreter von Forderungen sind,

deren Durchsetzung eigentlich die historische Aufgabe des Liberalismus gewesen wäre. Andere, vor allem aus den Kreisen der Kleinbauern, der Handwerker, Kleinkaufleute und kleinen Beamten kamen zu uns aus allgemeiner Verärgerung über ihre mißliche Lage, der sie keinen besseren Ausdruck zu verleihen wußten, als indem sie hingingen und „rot“ wählten. All diesen Elementen war die Sozialdemokratie damals die Partei der Opposition, der Kritik an den Mißständen der heutigen Gesellschaft; aber von ihren positiven Zielen, von der Arbeit am Aufbau einer neuen Gesellschaft, davon wußten sie nichts, wollten sie nichts wissen. — Unterdessen sind in Dresden und Jena der Klassenkampfstandpunkt und die revolutionären Ziele der Partei scharfer hervorgetreten, und viele Wähler von 1903, vor allem auch aus den Kreisen der demokratischen bürgerlichen Intelligenz, sind dadurch abgeschreckt worden. Die kraftvolle Entwicklung der Gewerkschaften hat zahlreiche Handwerker, der Aufschwung der Konsumvereine viele Kleinhandwerker von uns weg und in das Lager der Gegner geführt. Der Schicht des Klein- und mittleren Bauertums hat die Zollpolitik allerlei — wenn auch geringe und wahrscheinlich nur vorübergehende — wirtschaftliche Vorteile gebracht und ihnen so an Stelle des oppositionellen den regierungsfreundlichen Stimmzettel in die Hand gedrückt. Wenn wir dann zu diesen inneren Gründen, die die Mittläufer von 1903 in Gegner von 1907 umgewandelt haben, noch hinzurechnen, in welcher scham- und sturpellosen Weise diesmal der Kampf gegen die Sozialdemokratie geführt worden ist, wie die Gegner von den Demokraten und „entschieden Liberalen“ an bis zum reaktionärsten Junker und Junkergenossen vor keiner noch so gemeinen Lüge, vor keiner noch so schmutzigen Verleumdung, und wäre sie auch hundertmal schon widerlegt, zurückgeschreckt sind, wo es uns zu diskreditieren galt — wenn wir das alles in Betracht ziehen, dann dürfen wir sicher sein, daß die übergroße Mehrheit von denen, die trotz alledem diesmal ihre Stimme für sozialdemokratische Kandidaten abgegeben haben, wenn auch nicht alle durch ihr Klassenbewußtsein, so doch durch ihren Klasseninstinkt dauernd an unsere Fahnen gefesselt sind. Das darf uns bei aller Trauer um den Verlust zahlreicher, zum Teil ganz sicher geglaubter Mandate doch mit gerechtem Stolz und Siegeshoffnung erfüllen. Die 3 $\frac{1}{2}$  Millionen Wähler von 1907 bedeuten gegenüber den 3 Millionen von 1903 nicht nur einen Zuwachs um eine Viertelmillion, sie bedeuten außerdem noch den Ersatz von ein paar hunderttausend unsicheren Kantonten durch sichere Truppen, und damit innere Festigung und Kräftigung des Proletarierheers.

Aus dem Abschwenken zahlreicher Mittläufer aus anderen Klassen nun etwa den Schluß zu ziehen, daß die Partei durch größeres Entgegenkommen hätte versuchen sollen, diese Elemente festzuhalten, das ist meines Erachtens völlig unrichtig. Selbstverständlich ist es freudig zu begrüßen, wenn Angehörige anderer Klassen aus wissenschaftlicher Erkenntnis oder wenigstens aus dem Empfinden für die Gerechtigkeit unseres Kampfes und die Höhe unseres Ideals heraus sich unseren Reihen anschließen. Aber deren werden naturgemäß immer nur wenige sein, denn den meisten Menschen wird ihr Denken und Fühlen durch ihr Klasseninteresse diktiert. Sollten wir vielleicht, um die Werbekraft unserer Partei bei Angehörigen anderer Klassen zu erhöhen, diesen Klasseninteressen Konzessionen machen? Etwas Sinnloseres läßt sich gar nicht denken. Die Sozialdemokratie hat ihre besten und dauerndsten Erfolge als konsequente und rücksichtslose Verfechterin der proletarischen Interessen errungen. Und wenn einmal ein Erfolg nicht allein in diesem sicheren Boden seine Wurzel hatte, dann war er auch nicht von langer Dauer. Das ist eine der Lehren, die die beiden letzten Wahlen uns vor Augen führen.

Nein, nicht gegenüber den Mittläufern aus bürgerlichen Kreisen gilt es die Werbekraft der Sozialdemokratie zu erhöhen, sondern gegenüber den Millionen von Proletariern, die bisher noch Mittläufer anderer Klassen und Parteien sind. In Deutschland gibt es, einschließlich der Landarbeiter und der Arbeiter im Eisenbahn-, Post- und Telegraphenbetrieb, über sechs Millionen Arbeiterwähler, von denen also die knappe Hälfte uns noch fernstehen. Wo sind sie am 25. Januar geblieben, diese 2 $\frac{1}{2}$  Millionen proletarischer Wähler? Ein guter Teil von ihnen wird wohl zu den zwei Millionen Wahlberechtigter gehört haben, die auch diesmal wieder der Wahlurne ferngeblieben sind. Denn da die bürgerlichen Parteien so ziemlich ihre letzten Reserven herangezogen haben, rekrutiert sich die Partei der Nichtwähler diesmal mehr denn je hauptsächlich aus proletarischen Existenzen. Soweit die nicht sozialdemokratischen Proletarier sich an der Wahl beteiligt haben, sind sie in ihrer großen Mehrzahl — wenigstens in Süd-, West- und Ostdeutschland — für Zentrumskandidaten eingetreten. Die „nationalen“ Parteien dürften nur eine geringe Anzahl von Arbeiterstimmen erhalten haben.

Wie kommt es, daß es gerade dem Zentrum immer noch gelingt, große Scharen von Arbeitern an sich zu fesseln? Diesem Zentrum, das sich in seinen Worten und Versprechungen zwar sehr arbeiterfreundlich gebärdet, aber in seinen Taten die Sache der Arbeiterschaft schon unzählige Male verraten hat? Wodurch ist es dem Zentrum bisher gelungen, die widersprechendsten Elemente unter seiner Fahne zu vereinigen, obwohl es dadurch zu ebenso widersprechender politischer Haltung genötigt war? Diese Tatsache hat das Zentrum vor allem seiner vorzüglichen Organisation zu danken, mit der es die ihm zu Gebote stehenden Bevölkerungskreise umfaßt, und weiter der einheitlichen, geschlossenen Weltanschauung, mit der es diese Kreise zu durchdringen versteht.

\* Zwar ist es als Ausnahme hier und da vorgekommen.

Mit seiner Organisation bindet es schon das kaum schul-entlassene Kind: Lehrlingsverbände und Patronagen nehmen sich der Jugend an und geben ihre Mitglieder dann gemessenhaft an die katholischen Gesellenverbände und Arbeitervereine weiter. Vor allem weiß die Zentrumsorganisation sich der Frauen zu bemächtigen und versteht so ihren Einfluß bis in die Familien hineinzutragen; durch die Vermittlung der Frauen gelingt es ihr oft genug, auch den Mann noch zu fesseln, der in erwachendem Klassenbewußtsein dem Zentrum den Rücken wenden möchte. Und diese stramme Organisation ist in ihrer Größe und Macht nur möglich, weil sie ihren Anhängern in der katholischen Ideologie eine geschlossene Weltanschauung bietet, eine veraltete, von der modernen Wissenschaft längst überwundene Weltanschauung, das ist wahr; aber sie ist einheitlich, sie zwingt das Denken schon von frühester Jugend an, sie packt den ganzen Menschen. Diese katholische Weltanschauung hat es bisher noch fertig gebracht, in Hunderttausenden von Zentrumsarbeitern das Erwachen des Klassenbewußtseins hintanzuhalten. — Beide, die Organisation wie die Weltanschauung des Zentrums, haben sich auch bei den letzten Wahlen wieder glänzend bewährt. Die wüste Agitation der Gegner war ja wenigstens bis zu den Hauptwahlen, ebensogut gegen die „Schwarzen“ wie gegen die „Roten“ gerichtet. Und trotzdem hat das Zentrum nicht nur nichts von seiner früheren Macht eingebüßt, sondern sie im Gegenteil noch verstärkt.

Die Sozialdemokratie hat es noch nie verschmäht, von ihren Gegnern zu lernen, sie wird es auch nicht verschmähen, vom Zentrum zu lernen, vor allem, wo es sich für sie darum handelt, Scharen von Klassegenossen aus der Gefolgschaft dieses selben Zentrums loszulösen und unseren Reihen zuzuführen. Die Organisation der Sozialdemokratie ist zwar mustergültig und von Freund und Feind gleich anerkannt. Aber sie ist hauptsächlich auf die Wahlfähigen, also auf die erwachsenen Männer zugeschnitten, auch dort, wo kein Vereinsgesetz der Ritororganisation der Frauen hindernd im Wege steht. Die Frauen sind zwar als Mitglieder willkommen, selbstverständlich, aber die Art der Agitation, die oft fast ausschließliche Zuspitzung aller Arbeit auf irgend welche Wahlen, auf die rein politische Betätigung, lassen immer nur eine beschränkte Anzahl von Frauen von diesem Rechte Gebrauch machen. Es ist von sozialdemokratischer Seite oft genug anerkannt worden, welche gefährliche Waffe die Frauen in der Hand des Zentrums sind. Nun, auch die Sozialdemokratie hat die Möglichkeit, diese Waffe mehr als bisher in ihrem Kampfe zu verwenden, sie würde in ihrer Hand nicht weniger „gefährlich“ sein, dann aber nicht mehr für uns! — Nicht nur die Agitation unter den Frauen, auch die Aufklärungs- und Organisationsarbeit unter der heranwachsenden Jugend ist ein wirksames Mittel, die Macht des Zentrums über Arbeiterlöhne und Arbeiterstimmen zu brechen und uns auch aus den Scharen der bisher indifferenten Arbeiter Mitkämpfer heranzuziehen. Von den bürgerlichen Parteien ist die Jugend schon allenthalben viel umworben. Pastoren halten in Fortbildungsschulen politische Ansprachen; Gymnasialen, Handelschüler, Techniker und Studenten sind von den „nationalen“ Parteien zu Wahlarbeiten herangezogen worden. Noch bei keiner Wahl hat sich — neben den Frauen — auch die Jugend so rege beteiligt als bei der letzten, freilich nicht für uns! Das muß auch uns ein Ansporn sein, allen Schwierigkeiten und vereinsgefehligen Hindernissen zum Trotz der Beeinflussung und Erziehung der proletarischen Jugend in sozialistischem Sinne mehr Beachtung zu schenken, als es bisher geschehen ist. Wer freilich im Sozialismus nur ein politisches Programm sieht, der mag sich billig entsetzen darüber, daß man etwa mit Kindern „Politik“ treiben will. Aber der Sozialismus ist mehr als ein politisches Programm, er ist eine Weltanschauung, oder sollte es wenigstens sein. Und zwar eine so klare, so in allen ihren Teilen einheitliche und so sicher auf den Errungenschaften moderner Wissenschaft aufgebaute Weltanschauung, daß keine frühere ihr an Größe und Geschlossenheit gleichkommt.

Der Sozialismus stellt deshalb eine ganz andere Macht dar, als die altersbrüchige Weltanschauung des Zentrums. Das heißt, er könnte eine unüberwindliche Macht darstellen, wenn es ihm gelänge, von den Köpfen und Herzen des Proletariats eben nicht nur als politisches Programm, sondern als Weltanschauung Besitz zu ergreifen. Aber leider paßt auch auf ihn das Schillerische Wort von der Kunst: dem einen ist sie die hohe, die himmlische Göttin, dem anderen die milchende Kuh, die ihn mit Butter versorgt. Den meisten ist der Sozialismus immer noch nichts anderes als der Kampf um ein bißchen bessere Lebenshaltung, ein bißchen mehr Anteil am Leben; nur wenigen ist er bisher ein Ideal, das ihr ganzes übriges Denken, Fühlen und Wollen durchdringt und ihm die Richtung gibt. Daß daran gearbeitet werden muß, den Sozialismus immer mehr zu einer solchen bestimmenden geistigen Macht zu machen, das ist auch eine der Lehren, die wir aus diesen letzten Wahlen ziehen sollten. Und da muß bei der Jugend angefangen werden. So sinnlos es wäre, sie mit politischen Schlagwörtern zu füttern, so wichtig ist es, die jungen Menschenkinder einzuführen in die Weisheit der Menschheitsentwicklung; ihnen klarzulegen, welchen hohen gesellschaftlichen Wert die Arbeit hat, und wie sie allein ein Anrecht auf den Mitgenuß der erarbeiteten Güter gibt; ihnen den Gedanken der Gerechtigkeit, der Solidarität, der Gleichheit alles dessen, was Menschenamtlich trägt zum unverlierbaren Eigentum zu machen. Damit ist der Grundstein gelegt, auf dem dann später der wissenschaftliche Sozialismus weiterbauen kann. Freilich, eine gut ausgewählte Lektüre allein — so wichtig und notwendig sie auch ist — kann diesen Grund nicht

legen. Dazu bedarf es vor allem, daß sozialistischer Geist mehr als bisher in die Proletarierfamilie, in die proletarische Lebensführung überhaupt Einzug hält. Wo daheim Vater und Mutter einander ohne Achtung begegnen, wo man die Kinder roh und abstoßend behandelt; wo in der Fabrik der erwachsene Arbeiter den Lehrling brutalisiert, wo der gelernte Arbeiter den ungelerten und die Arbeitskollegin über die Achsel ansieht, da ist von sozialistischem Geiste keine Spur, und wenn es sich zehnmal um gewerkschaftlich und politisch organisierte, um Leser der sozialistischen Presse und fleißige Besucher sozialistischer Versammlungen handelte.

Arbeiten wir jetzt mit allen Kräften daran, die sozialistische Aufklärungs- und Organisationsarbeit immer mehr auch auf die Frauen und die heranwachsende Jugend auszuweihen! Arbeiten wir vor allem daran, den Sozialismus immer mehr und mehr den Massen zur Weltanschauung zu machen! Das wird das beste Mittel sein, die Werbekraft des Sozialismus bei den uns noch Fernstehenden zu erhöhen. Das wird aber auch unsere Kämpferscharen mit neuem Mute und neuer Opferfreudigkeit erfüllen um: sie dadurch unüberwindlich machen.

K. D.

## Das Frauenwahlrecht auf dem siebten Jahreskongress der britischen Arbeiterpartei.

Vom 25. bis zum 27. Januar tagte in Belfast der Jahreskongress der britischen Arbeiterpartei. Unter anderen Gegenständen stand auch das Frauenwahlrecht auf der Tagesordnung, über das sich eine lebhafteste Debatte entspann, die mit einer Aufsehen erregenden Erklärung Keir Hardies schloß.

Wie den Leserinnen dieses Blattes bekannt ist, wurde im letzten Jahre in England eine recht lebhafteste Agitation für das Frauenwahlrecht entfaltet. In bezug auf den Umfang des verlangenden Wahlrechtes gibt es hier zwei Richtungen. Eine Anzahl halbsozialistischer Frauen und die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen verlangen nur eine Gleichstellung mit dem männlichen Geschlecht auf Grund des herrschenden Wahlrechtes. Dieses Wahlrecht ist aber nicht allgemein, sondern beruht auf einem Zensus. Wahlberechtigt ist nur derjenige erwachsene Mann, der mindestens ein Zimmer innehat, das 4 Mk. pro Woche an Miete wert ist. Die Wahlvorlage, die dieses beschränkte Wahlrecht auf Frauen ausdehnen will, nennt man deshalb die beschränkte Wahlvorlage (Limited Bill). Dagegen sind die meisten sozialistischen Frauen und Gewerkschaftsführerinnen der Ansicht, daß die Agitation für das Frauenwahlrecht nur dann einen Wert für Arbeiterinnen hat, wenn sie auf die Erlangung des allgemeinen Wahlrechtes für alle Männer und Frauen gerichtet ist.

Auf dem Kongress wurde der Streit zwischen diesen beiden Richtungen ausgefochten. Eingeleitet wurde die Diskussion durch den Delegierten H. S. Wisbart (Gewerkschaftsvertreter, Woolwich, London Südost), der folgende Resolution einbrachte:

„Der Kongress tritt ein für das Wahlrecht Erwachsener und für die Gleichberechtigung der Geschlechter; er verlangt die Ausdehnung des bestehenden Wahlrechtes auf Frauen unter denselben Bedingungen, wie sie für Männer bestehen.“

Er begründete die Resolution in etwas humoristischer Weise.

Dagegen stellte Genosse Quetch, der das Londoner Gewerkschaftsvertreter vertrat, folgende Resolution:

„Der Kongress erklärt, daß es höchste Zeit sei, allen erwachsenen Männern und Frauen das gleiche Wahlrecht zu geben; ferner, daß jede Wahlrechtsvorlage, die auf einem Zensus beruht und nur einen Teil der Bevölkerung umfaßt, einen reaktionären Schritt bedeute und deshalb bekämpft werden müsse.“

Zur Begründung sagte er: „... Das Frauenwahlrecht, für welches die erste Resolution eintritt, würde den besitzenden Klassen ein Pluralvotum geben, da sie instande sind, ihren Frauen und Töchtern besondere Zimmer einzuräumen und ihnen auf diese Weise das Wahlrecht zu verschaffen. Unsere Aufgabe besteht aber darin, die politische Macht der Arbeiter zu stärken und nicht die der Kapitalisten.“

Unterstützt wurde Quetch durch Fräulein Mabel Hope, die Führerin der Gewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten. Sie ist seit dem Jahre 1907 Sozialistin; im Jahre 1908 wurde sie von ihrer Gewerkschaft gewählt, der Regierungskommission über Post- und Telegraphenangelegenheiten die Wünsche der Beamten vorzutragen. Sie erklärte dem Kongress: „Eine Vorlage, wie sie die erste Resolution verlangt, würde den Arbeiterinnen nicht helfen; sie würde den reichen Frauen nur die Gelegenheit geben, die Arbeiterinnen zu unterdrücken. Die ganze Agitation, die die Frauenrechtlerinnen führen, geht nicht vom Klassenkampf, sondern vom Geschlechtskampf aus. Uns stehen aber die männlichen Arbeiter viel näher, als die reichen Frauen. Ich gebe ohne weiteres zu, daß einige dieser Frauen großen Mut in der Agitation gezeigt haben, aber diese Energie wurde in falsche Bahnen gelenkt. Die Agitation stellt sich immer mehr in einen Gegensatz zum Sozialismus. Die Hauptsache ist die Arbeiterbewegung; alle anderen Fragen müssen ihr untergeordnet werden.“

Gegen Quetch und Hope sprach Keir Hardie, der die erste Resolution unterstützte: „Ich gebe zu, daß die Arbeiterbewegung höher steht als andere Fragen. Aber haben wir denn andere Fragen vernachlässigt? Ich kann es nicht mit ansehen, daß man Frauen auf die gleiche Stufe mit Verbrechern und Geisteskranken stellt und sie der Ausübung des Wahlrechtes für unfähig hält. Unsere Vorlage verlangt ja nicht den

Zensus, sondern die Gleichstellung der Geschlechter. Solange Männer und Frauen nicht gleichberechtigt sind, wird es auch eine Kameradschaft zwischen den Geschlechtern in der Arbeiterbewegung nicht geben. Geht unsere Vorlage durch, so werden zwei Millionen Frauen wahlberechtigt, worunter ein und dreiviertel Millionen Arbeiterfrauen sich befinden werden.“

Der Kongress schritt dann zur Abstimmung. Die Resolution Wisbarts wurde abgelehnt, die von Quetch mit 605 000 gegen 268 000 Stimmen angenommen.

Keir Hardie erhob sich darauf und gab folgende Erklärung ab: „Vor genau 25 Jahren habe ich meine alten Beziehungen abgebrochen und mir die Aufgabe gestellt, am Aufbau einer selbständigen Arbeiterpartei mitzuhelfen. Ich dachte nun, die ersten Schwierigkeiten seien überwunden. Aber in den letzten Jahren empfand ich die Ungerechtigkeit, die unsere Gesellschaft dem weiblichen Geschlecht zufügt. Diese Empfindung hat sich meiner sehr tief bemächtigt. Sollte nun die Abstimmung des Kongresses so gedeutet werden, daß ich mich nunmehr enthalten müßte, für die dem Parlamente vorliegende (beschränkte) Frauenvorlage zu wirken, so müßte ich es mir überlegen, ob ich noch fernerhin in der Arbeiterpartei bleiben könnte. Es schmerzt mich, dies sagen zu müssen; aber ich kann meinen Prinzipien nicht untreu werden, und eins meiner Prinzipien ist, die Schande zu beseitigen, die auf unseren Frauen und Töchtern lastet.“

Ob Hardie meinte, daß er nur aus der Arbeiterfraktion austreten wird oder überhaupt aus der Partei, ist noch nicht klar. Im Englischen bedeutet das Wort „Party“ sowohl Fraktion wie Partei. Die Erklärung, die wohl mehr vom Gefühl als von Vernunftgründen diktiert worden ist, hat selbstverständlich großes Aufsehen erregt.

London, 29. Januar 1907.

R. Veer.

## Her mit der Unfallversicherung für die Dienstmädchen!

Unsere „vielgerühmte“ Sozialreform bringt nicht nur den ihr unterstellten Arbeiterkreisen recht mayere „Segnungen“, es sind auch bekanntlich breite Schichten von ihr überhaupt nicht erfasst.

So sind zum Beispiel die Dienstmädchen der Krankenversicherung nicht obligatorisch und der Unfallversicherung überhaupt nicht unterstellt. Dabei sind gerade die Dienenden von so zahlreichen Gefahren umgeben. Besonders trifft das zu bei den Dienstmädchen jener Bevölkerungskreise, die, dank ihrer sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die höchsten Anforderungen an die Leistungen derselben stellen. Das sind die Dienstmädchen des Klein- und Mittelbürgertums, wo die Tagesarbeit des „Mädchens für alles“ eine ständige Hegejagd ist. Da muß am Waschtage in fliegender Eile zunächst die Hausarbeit erledigt werden; dann geht es daran, die Wäsche fertigzustellen. Im Galopp geht es die Treppen auf und ab, um einzuholen. Nicht selten muß das Mädchen die Körbe voll nasser Wäsche allein nach dem Boden schleppen. Beim „Großreinmachen“ gilt es nicht nur die großen, schweren Teppiche zu schleppen und zu klopfen, die schweren Möbel zu heben und zu rücken, oft genug heißt es auch die hohen Fensterflügel ausbaken und nach erfolgter Reinigung wieder einhängen. In vielen Orten (zumal bei uns in Hamburg) sind die meisten Fenster nach außen zu öffnen, wodurch die Gefahr des Herabstürzens beim Fensterputzen sehr groß ist. Manches junge, blühende Menschenleben ist auf diese Weise bereits vernichtet worden. Wie manches Mädchen hat sich durch das Heben schwerer Möbel, Teppiche oder Wäschekörbe einen Bruch oder sonst ein Unterleibsleiden zugezogen. Andere wiederum sind infolge des Hastens über glatte Fußböden oder Treppen gestolpert, gefallen, haben sich Schulter, Arm oder Bein verrenkt oder gebrochen, haben einen dauernden Körperschaden davongetragen, ohne einen Anspruch auf Unfallrente zu haben. Kniegelenkentzündungen, die Steifheit der Beine im Gefolge haben, sind oft darauf zurückzuführen, daß die Mädchen knieend und kriechend die Dielen zu scheuern oder die mit Teppichen ausgelegten Zimmer zu kehren haben.

Daß Mädchen mit aufgesprungenen Händen, mit Schnitt- und Stopwunden an den Fingern Wäsche waschen und bläuen müssen, sich dabei eine Blutvergiftung zuziehen und sich dann einzelne Finger, die Hand oder den ganzen Arm abnehmen lassen müssen, gehört leider nicht zu den Seltenheiten. Erst vor kurzem stellte sich uns ein Mädchen vor, dem an der rechten Hand der Mittelfinger fehlte. Er hatte abgenommen werden müssen, weil beim Arbeiten Schmutz in eine Stosswunde gekommen war, die das Mädchen sich beim Fußbodenschleuern zugezogen hatte; dadurch war dann Blutvergiftung entstanden. In all solchen Fällen hat das Dienstmädchen laut Gefindeordnung und bürgerlichen Gesetzbuchs nur einen Anspruch auf eine sechswochige Krankenpflege. Tritt dauernder Schaden an der Gesundheit und Erwerbsfähigkeit ein, dann gibt es keinen Rechtsanspruch auf Unfallentschädigung, weil die Mädchen, das „Gefinde“, der Unfallversicherung nicht unterstellt sind. Erst wenn die Erwerbsfähigkeit um mehr als zwei Drittel zurückgegangen ist und die Mädchen die vorgeschriebene Karenzzeit hinter sich haben, tritt die Invalidenversicherung ein, die Invalidenrente wird gewährt, die aber bekanntlich weit geringer ist, als es eine zu beanspruchende Unfallrente sein würde. Selbst wenn die „Herrschaften“ gegen Hastpflicht versichert sind, werden die Mädchen mit ihren Entschädigungsansprüchen abgewiesen, falls den „Herrschaften“ nicht ein direktes Verschulden an dem erlittenen Unfall nachzuweisen ist. Unsere Arbeitersekretariate wissen davon ein Lied zu singen. Ob die Mädchen ihrer gesunden Glieder beraubt, ob sie dadurch in ihrem

Fortkommen gehindert, vielleicht um ihr Eheglück betrogen wurden, was kummert das den Staat der vielgerühmten Sozialreform? Er und seine Träger, Repräsentanten und Stützen, sie verweigerten bisher den Dienstboten hartnäckig jeden Rechtsanspruch auf Entschädigung, auf Unfallrente. Um so energischer muß deshalb die junge Dienstbotenbewegung den Ruf erheben: Her mit der Unterstellung der Dienstboten unter die Unfallversicherung!

Luisa Zieg.

## Aus der sozialdemokratischen Frauenbewegung Schwedens.

Von Wilhelm Jansson.

Zwei wichtige Kongresse der sozialdemokratischen Frauenorganisationen Schwedens fanden in den letzten Tagen des Januar statt. Dem ersten Verbandstag des Fachverbandes der Frauen schloß sich eine viertägige allgemeine sozialdemokratische Frauenkonferenz an, die eine Reihe wichtiger Beratungsgegenstände erledigte.

Die in den letzten Jahrzehnten erfolgte Industrialisierung Schwedens hat naturgemäß auch die Frau immer mehr ihrem „natürlichen Beruf“ entzogen. Frauen und Kinder sind stets hochwillkommene Ausbeutungsobjekte des industriellen Kapitals. In der schwedischen Großindustrie betrug im Jahre 1904 die Zahl der beschäftigten Frauen 52841 von 308000 Arbeitern insgesamt, also 17,1 Prozent. Die Zahl der beschäftigten Minderjährigen belief sich auf 43127, davon 11521 weiblichen Geschlechts. Die „Heiligkeit der Familie“ ist, soweit die Arbeiterfamilie in Frage kommt, auch in Schweden bereits von dem Kapitalismus zum alten Eisen geworfen worden. Die Holzindustrie beschäftigt nicht weniger als 7845 erwachsene Frauen in Sägemühlen usw., in der Eisen- und Metallindustrie wurden 4143, in der Textilindustrie 14186 erwachsene Frauen beschäftigt. In einzelnen Bezirken beziehungsweise Erwerbszweigen überwiegt die Frauenarbeit die der Männer bei weitem. Und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind allenthalben geradezu elend, wozu noch kommt, daß der gesetzliche Schutz der Arbeiterinnen gegen die schlimmste Ausbeutung völlig unzureichend ist. Und auch dieser sieht hauptsächlich nur auf dem Papier, da die Gewerbeinspektion trotz 17-jährigen Bestehens über die ersten Anfangsstadien kaum hinausgekommen ist.

Die Organisationschwierigkeiten bedürfen hier keiner Schilderung. Die Leserinnen der „Gleichheit“ kennen das aus eigener Erfahrung. Der Fachverband der Frauen wurde 1902 ins Leben gerufen, um die Arbeiterinnen, die von den allgemeinen Zentralverbänden nicht oder doch nur schwer herangezogen werden können, gewerkschaftlich zu organisieren. In erster Linie kommen die Näherinnen in Frage, Konfektionsarbeiterinnen, Wäscherinnen usw. Der Verband zählt heute 18 Zweigvereine mit 822 zahlenden Mitgliedern. Er hat eine ganze Reihe von Kämpfen zu führen gehabt, in denen seine Kampfesfähigkeit glänzend erwiesen wurde. Der Verbandstag hatte nun über die weitere Gestaltung der Organisation zu entscheiden. Der Verband der Schneider hat in neuerer Zeit störend in die Organisationsarbeit eingegriffen, indem er die von der jungen Frauenorganisation geleistete Aufklärungsarbeit für sich zu verwerfen suchte. Die Mäntelnäherinnen, um die er sich früher nie gekümmert hatte, erschienen ihm mit einem Schlage erstrebenswert, nachdem sie begonnen hatten, sich im Frauenverband zu organisieren. Der Verbandstag beschloß eine Protestresolution gegen diese Eingriffe des Schneiderverbandes in sein Organisationsgebiet, wodurch ihm seine besten Kräfte entzogen werden mußten.

Einen weiteren Verhandlungsgegenstand bildete die Frage der Lohnbewegung und der hierbei zu erhebenden Prinzipienforderungen. Beschlossen wurde, gegen die Akkordarbeit vorzugehen und überall, wo tunlich, die Einführung des Zeitlohns mit entsprechenden Aufschlägen für Überstunden und Sonntagsarbeit zu verlangen. Bezüglich der Arbeitszeit stellte sich der Verbandstag auf den Boden des sozialdemokratischen Programms, indem er den gesetzlichen Achtstundentag forderte; als Übergangsstadium soll versucht werden, bei Lohnbewegungen zunächst den Neunstundentag durchzusetzen. In einer weiteren Resolution werden die Zweigvereine des Verbandes aufgefordert, der sozialdemokratischen Partei beizutreten, da neben dem gewerkschaftlichen der politische Kampf zur Erreichung der Ziele der Arbeiterbewegung notwendig ist.

Die Frage der Agitation wurde eingehend beraten. Das Verbandsorgan „Morgonbris“, das bisher viermal jährlich erschien, soll für die Folge in sechs Nummern herausgegeben werden. Die Redaktion wurde, wie bisher, der Genossin Anna Sterky übertragen. Zur befohlenen Verbandsvorsitzenden wurde die Genossin Signe Svensson gewählt, die letzten Herbst als Agitatorin angestellt worden ist.

Weitere Beschlüsse betrafen die Konfektionsgenossenschaft „Sinnéa“, die 1906 ins Leben gerufen wurde und für die eine eifrige Agitation entfaltet werden soll; ferner wurde die Frage der Frauenliteratur eingehend gewürdigt. Es soll im Verbandsorgan fortlaufend ein Leitfaden über die empfehlenswerten Literatur gegeben werden, um die Arbeiterinnen vor Schundromanen zu schützen und sie für den Genuß guter Bücher zu erziehen. Der Verbandstag dürfte eine gute Arbeit geleistet haben, die auf die Organisations- und Aufklärungsarbeit unter den Arbeiterinnen befruchtend wirken wird.

(Fortf. folgt.)

\* Der Bericht über diese Konferenz mußte Raum mangels halber noch zurückgestellt werden.

## Aus der Bewegung.

**Genossin Golditz †.** In Crimmitschau ist am 7. Februar die Genossin Marie Golditz im Alter von fast 80 Jahren gestorben. Sie ist eine der ältesten Parteigenossinnen und hat viele Jahrzehnte lang mit den Crimmitschauer Genossen in Reich und Glied gestanden. Besonders in der Zeit des Sozialistengesetzes hat sie der Partei durch ihren Mut und ihre Treue wertvolle Dienste geleistet. Eine eingehende Würdigung ihrer Person und ihrer Tätigkeit behalten wir uns für die nächste Nummer vor.

### Mitarbeit der Genossinnen im Wahlkampf.

Die Reichstagswahl ist vorüber, ihr Ergebnis bekannt. Besprochen sind auch die Ursachen des Wahlausfalles, sowie die dadurch geschaffene politische Situation und deren voraussichtliche Folgen. Ich möchte deshalb nicht auf all das zurückkommen, sondern auf etwas anderes hinweisen. Nämlich darauf, daß bei der fieberhaften Tätigkeit, der Leidenschaftlichen und zähen Agitationsarbeit unsererseits, wenn auch ein starker Mandatsverlust zu beklagen ist, doch eine Viertelmillion Stimmen gewonnen und vor allem mit vollen Händen der Same der Aufklärung gesät ward, unter Männern und Frauen. Besonders auch unter die Frauen. Nie sah ich während eines Wahlkampfes so viel weibliche Zuhörer in den Wahlveranstaltungen als heute. An manchen Orten sind neue Anknüpfungspunkte für unsere Bewegung geschaffen worden. An fast allen Orten, wo Frauen referierten, wurden Abonnenten unserer „Gleichheit“, Mitarbeiter unserer Sache gewonnen. Daraus erwächst uns die heilige Pflicht, neben der Ausbreitung unserer Ideen, neben der Arbeit für die Gewinnung neuen Terrains, alles aufzubieten, um das soeben Eroberte zu halten und die neugewonnenen Anhänger zu schulen und zu disziplinieren. Die Unterzeichnete referierte im Wahlkampf in Bremen vor circa 4000 Personen, unter denen sehr viele Frauen waren; in Bielefeld (Stadt) in drei überfüllten Versammlungen; in Detmold, wo es eine lebhafte Auseinandersetzung mit dem freisinnigen Kandidaten Dr. Neumann-Hofer gab; in Porta, Rheme, Minden; in Stadthagen, wo es in der glänzend besuchten Versammlung gelang, weibliche Vertrauenspersonen zu gewinnen und eine stattliche Anzahl Abonnenten unserer „Gleichheit“. In den drei überfüllten Versammlungen des Mannheimer Kreises waren gleichfalls sehr viele Frauen als Zuhörer. Im Eisenacher Kreis fanden überfüllte Versammlungen statt in Mosbach, Osthelm und Stadtlengsfeld (Rhön), über die wir später noch an anderer Stelle berichten werden wegen der „staatsretterischen“ Bürgermeistertaten; ferner in Kuhl und einem kleinen Orte in der Nähe von Eisenach. Die Zeiger Kreisleitung hatte in Weipensfeld, Raumburg, Pispendorf und Wehau Versammlungen veranstaltet, die zum Teil vor der Zeit polizeilich abgesperrt wurden. In Essen brachten drei überfüllte Versammlungen uns einen Zuwachs an Abonnenten und Parteimitgliedern. Der große Saal des Köhler Gewerkschaftshauses mit samt den Galerien war überfüllt. Harburg und Wilhelmshagen hatten je eine Versammlung arrangiert. In der Stichwahl fand mit der Unterzeichneten als Referentin eine auch stark von Frauen besuchte Versammlung in Spandau statt, sowie zwei überfüllte Versammlungen im Bielefelder Kreis, in Bradwede und Südrad. Desgleichen eine Versammlung in der Borussia, sowie bei Van der Loo in Essen und eine in Werden. Von der Werdener Versammlung ging es geschlossen in eine Werdener Zentrumsversammlung, wo es gelang, das Wort zur Diskussion zu bekommen, um unseren kulturfördernden Standpunkt gegenüber dem volksfeindlichen, reaktionären Standpunkt des Zentrums zu präzisieren. Später werden wir noch darüber berichten. In zwei der genannten Kreise ist für uns der Sieg ersochten worden: in Mannheim und Bielefeld. Allorts aber ist neues Terrain gewonnen, besonders unter der weiblichen Bevölkerung, die sich überall an sämtlichen Wahlarbeiten beteiligte. Für uns alle gilt jetzt die Parole: Die Schlacht ist geschlagen, auf zu neuen Kämpfen!

Luisa Zieg.

Der Januar stand im Zeichen der Wahltagation; vom 30. Dezember bis zum 4. Februar sprach die Unterzeichnete in 34 Wahlveranstaltungen im Ruhrgebiet, und zwar in den Wahlkreisen Dortmund, Essen, Bochum, Hamm und Hagen. Bei keiner Wahlbewegung noch trat das Interesse der Frauen derartig hervor wie bei der letzten; bei allen Veranstaltungen waren die Frauen nicht nur zahlreich vertreten, sie dokumentierten ihr Interesse auch durch Aufbringung von Geldern und Leistung von Wahlarbeiten aller Art. Der „fürsorglichen“ Polizeibehörde war diese Betätigung der Frauen ein Grauel, und sie machte ihrem Unmut dadurch Luft, daß sie in einigen Orten die Ausweisung der Frauen aus den Versammlungen forderte. In Bommern (Kreis Hagen) wurden die Frauen aus der ersten Versammlung ausgewiesen. Die zweite Versammlung wurde, nachdem ich kaum zwei Minuten gesprochen hatte, im Namen des Gesetzes aufgelöst. Leider wußte der Herr Gendarm keinen Paragraphen des Vereins- und Versammlungsgesetzes anzugeben, ein Achselzucken war die Antwort auf unsere diesbezügliche Frage; auf wiederholtes Drängen unsererseits sagte er: „Frauen gehören überhaupt nicht in die Versammlung.“ Recht und Gesetz scheinen für diesen Hüter der Ordnung nur insoweit zu existieren, als sie mit seinen eigenen reaktionären Ansichten bezüglich der Frauen übereinstimmen. In Wetter (Kreis Hagen) versuchte der überwachende Beamte den gleichen Trick, erst nachdem die Rednerin ihn zu wiederholten Malen in seine Schranken zurückgewiesen hatte, konnte sie ihren Vortrag beenden.

In Rhendt war die Versammlung, trotz der Produkte der M.-Glabbacher Verleumdungsfabrik, die dort aus erster Hand Verbreitung finden, sehr gut besucht und die Stimmung vortrefflich. Ein paar junge tüchtige Genossinnen arbeiten dort gemeinsam mit der Vertrauensperson um den Abonnentenstand der „Gleichheit“ zu erhöhen und Frauen und Mädchen für die lose Organisation der Frauen zu gewinnen. — Eine prächtig besuchte Frauenversammlung tagte in Düsseldorf. 700 Frauen waren erschienen, um den Ausführungen der Referentin zu lauschen, die über das Thema sprach: „Welches Interesse haben die Frauen an der Reichstagswahl?“ In der Debatte erklärte eine Anhängerin der Zentrumspartei, Erzberger habe erst die Kolonialgreuel aufgedeckt, und obgleich in dem sozialdemokratischen Programm stünde, daß Religion Privatsache sein solle, schimpften die Sozialdemokraten immer über die Pfaffen und brandmarkten jedes Vergehen derselben öffentlich. In schlagender Weise wurden diese Einwürfe von der Referentin und vom Vorsitzenden zurückgewiesen. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die imposante Versammlung. Hundert Frauen meldeten sich für die Organisation. An freiwilligen Beiträgen für den Wahlfonds gingen 40 M. ein. Durch diese Versammlung und durch ein Frauenflugblatt der Düsseldorfer Genossen wurde das Zentrum gezwungen sich gleichfalls in einem Flugblatt an die Frauen zu wenden und damit hat das Zentrum seinen bisherigen Grundfaß, die Frau habe in der öffentlichen Versammlung, im politischen Kampf zu schweigen, öffentlich preisgegeben. In diesem Flugblatt behauptete die fromme Gesellschaft, „die Sozialdemokratie wolle die Frau mit ihren schwachen Kräften hineinstoßen in den Christenkampf mit seiner rohen Gewalt“. Es scheint, als ob die „frommen Düsseldorfser“ lange, lange geschlafen haben und es ihnen daher entgangen ist, daß die kapitalistische Produktion die Frau seit langen Jahren in den Christenkampf geschleudert hat. Das Leute wie Zilkens, Ballestreem und Thyssen Frauen und Kinder mit Hungerlöhnen abspießen, scheint ihnen ganz in der Ordnung zu sein. Weiter sagt das Zentrumsflugblatt: „Frauen, hütet euch, die Sozialdemokratie will die Familie zerstören und die freie Liebe einführen.“ Die frommen Düsseldorfser täten gut, sich einmal bei den Frauen und Kindern der Ballestreem'schen Bergwerke, der Thyssenschen Eisenwerke, bei den Zilkenschen Ziegelerarbeitern, den Maquischen Feldarbeitern zu erkundigen, wie das Familienleben blüht und gedeiht bei Hungerlöhnen, in Ziegenställen oder dumpfen Baracken, wo Arbeiter beiderlei Geschlechts im gleichen Raum schlafen, nur getrennt durch ein paar vorgespannte Säcke.

Wie lange wird das Zentrum seine Anhänger noch beschwindeln können? Mögen all die neu gewonnenen Frauen tapfer ausharren in dem Kampf um Freiheit und Recht.

W. Köhler.

In Lübeck hat der Wahlkampf die Frauen zum politischen Leben erweckt. In unserem kleinen Stadtstaat, wo die Frauen sich politisch organisieren dürfen, gehörten im letzten Sommer dem Wahlverein nicht mehr als 22 weibliche Mitglieder an. Im August vorigen Jahres hielten zehn von ihnen eine gemeinsame Beratung mit dem hiesigen Parteivorstand ab. Wir wählten Frau Bissell als Vertrauensperson, die seitdem den Sitzungen des Parteiausschusses beizwohnt, und beschloß, zur Aufklärung unter den organisierten Frauen jeden Monat eine Versammlung abzuhalten. In den Versammlungen wurde zunächst das Parteiprogramm besprochen. Als der Reichstag aufgelöst wurde, waren wir etwa 30 Frauen im Verein, heute sind wir 90 — und der Eifer der neuen wie der älteren Mitglieder bürgt für die weitere Entwicklung unserer jungen Bewegung. Wie das kam? In der ersten großen Wählerversammlung riefen die Genossinnen Bissell und Schlomer die nur spärlich anwesenden Frauen zur Teilnahme am Wahlkampf auf, und dieser Ruf fand lebendigen Widerhall auch bei den Frauen, zu denen er erst zu Hause durch den Mund der Männer, Väter und Brüder kam. Bald sollten wir einen Beweis dafür haben. Auf Montag, den 14. Januar, wurde eine öffentliche Frauenversammlung mit dem Thema: „Die Frauen und die Reichstagswahl“ in den bis 200 Personen fassenden kleinen Saal des Vereinshauses einberufen. Aber schon eine Stunde vor Beginn mußte in einen größeren Saal umgezogen werden. Wohl 1000 Frauen besetzten diesen, als die Versammlung eröffnet und ein Bureau von drei Frauen gewählt wurde. Genossin Schlomer hielt das Referat. Der Inhalt der Rede war gegeben — kein Fortschritt des Arbeiterinnenschutzes, keine Entwicklung der Versicherungsgesetzgebung — statt dessen Anebelung der Organisationen, die für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse kämpfen — Lebensmittelteuerung und hohe Steuern — Steuern zugunsten einer sinnlosen und grausamen Kolonialpolitik auf Kosten der großen Masse des arbeitenden Volkes, auf Kosten des Geldbeutels der Arbeiterinnen, denen es dank der Zölle und Steuern immer schwerer gemacht wird, mit dem wöchentlichen Wirtschaftsgeld den Bedarf für Haus und Familie zu beschaffen. In der Diskussion ergriffen zwei Genossinnen das Wort zur Mahnung an die Arbeiterinnen und Arbeiterinnen, den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen beizutreten. Dann drängten sich die Frauen in großer Menge zum Tische des Bureaus, 50 forderten ihre Aufnahme in den sozialdemokratischen Verein, 32 abonnierten die „Gleichheit“. Eine große Anzahl meldete sich zur Hilfe bei den Wahlarbeiten. Und die Lübecker Siebbürger erlebten am Wahltag das Wunder, uns Frauen beim Verteilen von Stimmzetteln zu sehen. Andere von uns führten die Listen im Wahlbureau. Unsere Hoffnung und unser Streben ist es jetzt, immer mehr Frauen für unsere hohen Ziele zu gewinnen und die neu gewonnenen Erkenntnis zu befestigen und zu vertiefen.

E. Sch.

In Nürnberg fanden zwei sehr stark besuchte Frauenversammlungen statt. Tagesordnung: „Die Reichstagswahlen und die Rechtslosigkeit der Frauen“ Auch in Fürth tagte eine gut besuchte Frauenversammlung mit derselben Tagesordnung. Ferner hielt die Unterzeichnete im Wahlkreis Fürth-Erlangen gut besuchte Volksversammlungen ab, und zwar in Burgfarnbach, Bruck und Schnaittach. Tagesordnung: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen“. Im Wahlkreis Bayreuth sprach sie in Heinersreuth vor einer überfüllten Volksversammlung, desgleichen im Wahlkreis Kronach in Langenau. Ferner fanden in diesem Wahlkreis Versammlungen statt in Burgfarnbach und Markt-Zeuln. Das Ergebnis der Versammlungen waren in Nürnberg zahlreiche Bestellungen auf Quittungsarten für freiwillige Parteibeiträge und Abonnements auf die „Gleichheit“; als eine wirksame Waffe gegen die Rechtslosigkeit der Frauen wurde auf die Gewerkschaften verwiesen. In Fürth, Burgfarnbach und Bruck wurden die Fünfspennigbons eingeführt und in Schnaittach Mitglieder für den politischen Wahlverein und den Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter gewonnen. In Heinersreuth, Burgfarnbach und Langenau wurden Mitglieder für den politischen Wahlverein und für die Gewerkschaften gewonnen. Besonders Langenau konnte einem Freude machen, liegt doch das Ortschaften anderthalb Stunden von der Bahnstation entfernt, ringsum von Bergen umgeben, und doch hatte hier der Porzellanarbeiterverband eine gute Zahlstelle. 22 Frauen und Mädchen konnten am Versammlungabend dem Verband zugeführt werden, ebenso erhielt der Wahlverein neue Mitglieder. — Wenn wir eine Lehre aus der letzten Wahlschlacht ziehen, so ist es die: starke Gewerkschaften sind der Hebel, auf dem wir sicher unsere Zukunft aufbauen können. Ein guter Gewerkschafter ist meist auch ein guter Parteigenosse, und als solcher trägt er den Gedanken der Aufklärung in die Familien hinein; so gewinnen wir die Frauen, und so wird die junge Generation in unserem Sinne erzogen, und wir können dann wohl sagen: „Unser die Zukunft, trotz alledem.“ Helene Grünberg.

In einer öffentlichen Volksversammlung zu Kattowitz, die Mitte Januar stattfand und sehr gut besucht war, sprach Genossin Ihrer-Berlin über: „Die Frauen und die Reichstagswahlen“. Mit gespannter Aufmerksamkeit hörten die Versammelten zu und unterbrachen die Ausführungen häufig durch Beifall. Die Referentin führte den Anwesenden vor Augen, wie notwendig es ist, die Frauen über die heutigen Verhältnisse richtig aufzuklären. Sie verurteilte unter anderem auch den Militarismus und die Kolonialpolitik der Regierung und kritisierte das Verhalten der bürgerlichen Parteien dazu. Als sie dabei ausführte, die bürgerlichen Parteien täten sehr unklug, an diese schlimmste Wunde der deutschen Politik auch nur zu rühren, erhob sich plötzlich der überwachende Polizeikommissar und löste die Versammlung auf. Zuerst waren die Versammelten ganz verblüfft, dann brach ein Sturm der Entrüstung los. In Deuthen, Gleiwitz, Jabrze und Königshütte hatte Genossin Ihrer ihren Vortrag ohne jede Störung zu Ende führen können. Die Versammlung hat recht gezeigt, wie das Interesse am öffentlichen Leben unter den Frauen der Arbeiterklasse zu wachsen beginnt. Die Genossinnen gaben ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß die junge Frauenbewegung am Orte sich rascher entwickeln würde, wenn derartige Vorträge öfter stattfänden.

Frau Berta Kwasniał.

**Agitation für den Heimarbeiterschutz.\*** Der Menschenfreund, der Sozialpolitiker, vor allem aber der Klassenkämpfer, sie alle müßten das graue, geradezu unbefehliche Elend der Heimarbeiter und Hausindustriellen im Coburg-Lichtenfels-Bezirk, sowie in der Umgegend von Hof gesehen haben. Wer dieses Elend sieht, der wird, sofern er noch ein fühlendes Herz in der Brust hat, aufgepeitscht zum Kampf, zum Sturm auf gegen die Heimarbeit. Da findet man Wohnungen, so niedrig, daß ein mittelgroßer Mensch gebückt einhergehen muß, um nicht an die Decke anzustoßen. Der Arbeitsraum ist gleichzeitig Wohn-, Schlaf-, Koch- und Waschkraum, sowie Kranken- und Wöchnerinnenstube, oft auch Totenzimmer. Überlange Arbeitszeit, oft die Nächte hindurch, Anspannung aller Kräfte, selbst der Kinder, die eben laufen können, trotz des Kinderschutzgesetzes, und eine schandbar niedrige Entlohnung gehen Hand in Hand. Die Korbmacher im Lichtenfels-Bezirk verdienen durchschnittlich, Mann und Frau gemeinsam, die Woche 10, 12 bis 15 Mk. Arbeiten Kinder mit, so erhöht sich der Verdienst um einiges. Die bei solchem Einkommen die Ernährung und der Gesundheitszustand beschaffen ist, braucht nicht erst nachgewiesen zu werden. Es ist auch nicht verwunderlich, wenn diesen überarbeiteten, unterernährten und dadurch abgestumpften Menschen aller Lebensmut, alle Kampfes- und Hoffnungsfreudigkeit verloren gegangen ist. Ja mehr noch, das Elend hat sie so sehr abgestumpft, daß sie sich desselben nicht einmal bewußt sind.

Ebenso ergeht es den Handstickern und Handwebern in der Hofer Gegend. Sie werden nicht nur vom Kapitalisten ausgebeutet, sondern ebenso, vielleicht noch mehr von den Faktoren, die die Arbeit vermitteln. Ist es doch vorgekommen, daß die Faktoren für die Vermittlung und Ausgabe der Arbeit sich mehr oder ebensoviele berechneten, als die Handweber und Stickerinnen an Arbeitslohn erhielten. Ferner hat es sich zugetragen, daß dem Weber der ganze Arbeitsverdienst für ein Stück Stoff (9,50 Mk.) vorenthalten ward, weil er etwas später wie ge-

wohnheitsgemäß lieferte. Arme Weber, die vom Faktor eine Hypothek auf ihr Häuschen bekamen, von dem „ein jeder Nagel eine durchwachte Nacht, ein jeder Balken eine Woche Hunger bedeutet“, hatten nicht nur die Finsen zu zahlen, sondern mußten außerdem jedes Stück Arbeit um eine halbe Mark billiger liefern. Wollen sie darauf nicht eingehen, wird ihnen das Geld gekündigt, und sie müssen mit dem Wanderstab ihr Heim verlassen. Ihre Armut hat sie vollständig verflaut. Ihre elende wirtschaftliche Lage, ihre aufgezwungene Bedürfnislosigkeit drückt das Lohnniveau der übrigen Arbeiter, das ganze Kulturniveau des Heimatortes herab; davon abgesehen, daß die schandbar niedrige Entlohnung die wirtschaftliche Entwicklung hemmt und auch dadurch kulturhindernd wirkt. Die Forschungen auf dem Gebiete der Bakteriologie haben zudem längst festgestellt, daß die Heimarbeit für die Heimarbeiter selbst, wie für die Konsumenten, schwere gesundheitliche Gefahren birgt. Und trotz alledem bis heute noch kein gesetzlicher Schutz für diese Ausgebeuteten der Ausgebeuteten! Um für den sozialistischen Heimarbeiterschutzgesetzentwurf die Massen des Volkes, in erster Linie die Heimarbeiter selbst aufzurufen, haben unzählige Versammlungen in allen Teilen Deutschlands stattgefunden. So auch in der Lichtenfels- und Hofer Gegend. Die Unterzeichnete referierte in den Orten Schney, Burgersdorf, Burgfarnbach, Michelau, Kronach, Fischbach und Oberlangensstadt (alles Korbmacherorte), ferner in Schwarzenbach am Wald und Naila, wo die Handweberei, Stickerei und Schuhmacherei zu Hause ist. In den meisten Orten müssen die Frauen erst an den Besuch der Versammlungen gewöhnt werden. Jedoch versprachen die Anwesenden, das nächste mal wieder zu kommen und ihre Arbeits-schwester mitzubringen. — In Burgersdorf hielt es der Herr Pfarrer Medilus für notwendig, der Referentin entgegenzutreten. Besonders waren es die kritischen Auslassungen über die Kinderarbeit, die den Herrn, der gleichzeitig Bezirkschulinspektor ist, auf den Plan riefen. Wir glaubten, daß just diese Ausführungen ihn zur Zustimmung veranlassen müßten. Jedoch weit gefehlt! Der Herr Schulinspektor entwickelte Erziehungsgrundsätze, die jedem Pädagogen die Haare zu Berge getrieben hätten. Das ward von uns natürlich dick unterstrichen. — In Michelau waren dagegen die Herren Redner der Korbmacher aufmarschiert. Dieselben waren extra von Lichtenfels herübergefahren, um den Korbmachern grüßlich zu machen vor dem Heimarbeiterschutzgesetz, das, — man höre und staune! — die ganze Industrie zugrunde richten müsse. Eine schlechte Sache läßt sich eben nicht gut verteidigen. Da mußten die alten, abgegriffenen Einwände wieder herhalten, die bei jeglichem Arbeiterschutz ins Feld geführt worden sind. Überall fand eine Resolution Annahme, welche die in dem sozialdemokratischen Gesetzentwurf enthaltenen Forderungen als unbedingt notwendig für den Schutz der Heimarbeiter erklärt. — In Kronach gelang es, den Anfang zu einer planmäßigen Frauenbewegung zu schaffen. Es wurden weibliche Vertrauenspersonen gewählt und die „Gleichheit“ mit 40 Abonnenten eingeführt. — Auch in Schweinfurt und Farnrode (Kreis Eisenach) erfolgte die Wahl weiblicher Vertrauenspersonen. Im ersteren Orte wurden einige vierzig Abonnenten für die „Gleichheit“ gewonnen, von denen die meisten sich gleichzeitig verpflichteten, freiwillige Parteibeiträge zu zahlen. In Farnrode stand die Versammlung bereits im Zeichen der Wahlbewegung. Mit glänzenden Augen und atemloser Spannung lauschten die Erschienenen den Darlegungen der Referentin, welche die außerordentliche Bedeutung der bevorstehenden Wahl hervorhob. Dem erst im November gegründeten Wahlverein wurden 34 neue Mitglieder, darunter 18 weibliche, zugeführt, von denen die meisten Leserinnen der „Gleichheit“ wurden. Die „Erfurter Tribüne“ fand 25 Abonnenten. Es geht vorwärts allerwegen! Heimarbeiterversammlungen, in denen die Unterzeichnete referierte, fanden ferner statt in Hamburg und Eisen an der Ruhr. Louise Zieh.

**Politische Rundschau.**

Die Stichwahlen haben vollendet, was die Hauptwahlen begonnen hatten — der schlechteste, der reaktionärste Reichstag seit jenem, der in den berühmten Faschingswahlen von 1887 gewählt wurde, wird am 19. Februar zusammentreten. Bülow hat eine „nationale Mehrheit“, die ihm Kolonial-, Militär- und Flottenvorlagen bewilligt, und bei der der Freisinn als Sakai mitwirken darf. Stärker aber ist die Zollwuchermehrheit, da Konservative, Nationalliberale und Antisemiten an Mandaten gewonnen und das Zentrum trotz aller „nationalen“ Begeisterung nicht nur nicht geschwächt, sondern noch etwas verstärkt aus dem Wahlkampf hervorgeht. Betrübtschaut der Freisinn auf das Resultat: 13 Mandate ist der ganze Gewinn seines Verrats und seiner Selbstentwürdigung. Die geträumte „liberale Ara“ ist ferner denn je, der Liberalismus einflupfloser denn im alten Reichstag, da die Linke durch den Mandatsverlust der Sozialdemokratie schwächer ist als vor der Auflösung. Obgleich das schon nach den Hauptwahlen erkennbar war, hat der Freisinn bei den Stichwahlen mit wahrer Inbrunst für die Reaktion gearbeitet, hat seine Wähler für Antisemiten, für Wahlrechtsfeinde und Staatsstreifer, wie den Junker Oldenburg auf Januschau ins Feld geführt gegen Sozialdemokraten. Es ist nichts Neues. Der deutsche Vinkliberalismus hat seit langem schon seine Ehre darin gesucht, die Stiefel jener zu lassen, die ihn mit Fußstapfen allezeit ausgiebig bedacht haben und es auch künftig daran nicht mangeln lassen werden. In laienjämmerlicher Stimmung sagt sich der Freisinn das heute schon selbst, ohne indes — von einigen weißen Raben abgesehen — das Schmachvolle seiner Dienste

für die Reaktion zu erkennen. Unaufhaltsam geht der Verrottungsprozess im Freisinn weiter, mit Naturnotwendigkeit entwickelt er sich, getrieben von der Angst vor dem Umsturz, zur wackelnden Ordnungspartei.

Immer schärfer wird so der Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und allen übrigen Parteien immer mehr wird die Sozialdemokratie die alleinige Oppositionspartei im Reich. Der Wahlausfall hat ihr eine schwere Enttäuschung gebracht. Aber die angeblich Geschlagene verspürt nichts von Kagenjammer wie die freisinnigen „Sieger“ Denn so bedauerlich auch der Mandatsverlust ist, von einem Rückgang der Sozialdemokratie ist nicht die Rede. Von 3010771 stieg sie auf 3258068 Stimmen, also um 248197. Sie bleibt die stärkste Partei des Reichs, und auch ein nur relativer Rückgang oder Stillstand ist nicht vorhanden. Wenn der Prozentsatz der sozialdemokratischen Stimmen von den abgegebenen Stimmen auch von 31,70 im Jahre 1903 auf 28,93 gesunken ist, so ist doch ihr Verhältnis zur Zahl der Wahlberechtigten von 24,03 auf 24,71 gestiegen. Der Zuwachs ist zwar klein, aber er zeigt doch, daß die Anhängerzahl der Sozialdemokratie schneller wächst als die Zahl der Wahlberechtigten, daß sie also die Aussicht hat, die Mehrheit der Wähler zu gewinnen. Wenn das im Verhältnis der sozialdemokratischen Stimmen zu den abgegebenen diesmal nicht in Erscheinung tritt, sondern ein kleiner Rückgang eingetreten ist, so liegt das an dem Umstand, daß es den Gegnern gelungen ist, durch den „nationalen“ Tamtam Scharen von früheren Nichtwählern aufzuscheuchen. Das zeigt die von 75,8 auf 85,4 Prozent gestiegene Wahlbeteiligung. Selbst wenn den Gegnern noch einmal eine Entfesselung „nationaler“ Begeisterung gelingen sollte, und wenn sie damit und mit verbesserter Wahlkleinarbeit, die sie allmählich von uns gelernt haben, die Wahlbeteiligung nochmals steigern, selbst das rettet sie auf die Dauer nicht vor der sozialdemokratischen Überflutung. Denn die Wahlbeteiligung ist bald an der Grenze des Möglichen angelangt, so lange aber die Sozialdemokratie im Verhältnis zur Zahl der Wahlberechtigten wächst, muß sie über kurz oder lang die Gegner überflügeln. Und daß sie weiter wächst, dafür wird die rastlose Arbeit unserer Genossen und Genossinnen sorgen, die nicht entmutigt, sondern angepörrt werden von den parlamentarischen Verlusten.

Daß übrigens die Sozialdemokratie als stärkste Partei des Reichstags mit der Zahl der Mandate erst an vierter Stelle kommt, zeigt lediglich, wie durch die faktische Ungleichheit des angeblich gleichen Wahlrechtes, die der Fortbestand der veralteten Wahlkreiseinteilung erzeugt, vor allem das Proletariat entrechtet wird. 851000 Wahlberechtigte in Groß-Berlin haben das Recht, 8 Abgeordnete zu wählen, 854000 Wahlberechtigte aber in Ostelbien entsenden 50 Abgeordnete! Die Normalzahl der Wahlberechtigten in dem gewöhnlichen Normalwahlkreis von 100000 Einwohnern ist etwa 23000 — Teltow-Beesow hat 247541 Wahlberechtigte, Berlin VI nicht viel weniger! Bei wirklich gleichem Wahlrecht würde die Sozialdemokratie etwa 117 Mandate erhalten — sie bekam 43! — Die Zuspitzung der Klassegegensätze, die sich bei den Hauptwahlen in dem Abweichen von Mitläufern aus dem Kleinbürger- und Kleinbauerntum sowie aus den Kreisen der Intellektuellen zeigte — die seit 1903 die Aussichtslosigkeit ihrer Hoffnungen auf Mauferung der Sozialdemokratie erkannt hatten —, war auch bei den Stichwahlen in der Koalition fast aller bürgerlichen Parteien wider die Sozialdemokratie zu erkennen. Die einzige Partei von Bedeutung, die hier und da sich auf unsere Seite geschlagen hat, ist das Zentrum, das ein besonderes Interesse daran hat, die Rechte nicht zu stark werden zu lassen. Aber selbst beim Zentrum zeigte sich große Reizung, mit der Reaktion zu mangeln, und wenn solcher Kuhhandel nicht überall zum Abschluß gekommen ist, so deshalb, weil der Profit nicht groß genug erschien. In Schlesien hat sich das Zentrum unbedenklich auf die Seite der Reaktion geschlagen, und sonst können wir vielfach sehen, daß die Bourgeois und die Bauern des Zentrums die Wahlparole auf Stimmenthaltung zugunsten der reaktionären Kandidaten ebenso durchbrachen, wie es die Zentrumsarbeiter zugunsten der Sozialdemokratie taten. Auch durchs Zentrum geht der Gegensatz der Klassen und verschärft sich von Tag zu Tag, bis der stolze Zentrums-turm einmal auseinanderfällt. Vor allen Dingen zeigt aber die Haltung des Zentrums auch, daß wir künftig, sofern das Zentrum wieder Regierungspartei wird, bei den Stichwahlen alle bürgerlichen Parteien wider uns haben werden, daß wir nur noch der eigenen Kraft vertrauen dürfen. Wohl uns, daß wir ihr vertrauen können, wenn wir eifrig und stetig an der Erweckung der Indifferenten, an der Schulung der Rekruten arbeiten. Jedenfalls dürfen uns die Zahlen der Wahl mit frischem Mut erfüllen. Wir fürchten nicht, unter die Hufe des Pferdes zu kommen, auf dem angeblich der deutsche Michel im Sattel sitzen soll, tatsächlich aber seine Bedränger, die Junker und Kapitalisten. Wenn etwas niedergertren worden ist bei diesen Wahlen, so war's nicht die Sozialdemokratie, sondern — der deutsche Liberalismus, der den Gewinn eines Duzends Mandate mit völligem Verlust des Rückgrats bezahlte.

So wenig die Sozialdemokratie indes Ursache hat, an ihrer Zukunft zu verzagen, so wenig darf sie sich darüber täuschen, daß böse Jahre für das deutsche Volk kommen. Die Rechnung für diese Abstimmung wird präsentiert werden. Noch ist nicht einmal sicher, ob nicht ein Vorstoß gegen das Reichstagswahlrecht unternommen werden wird. Das starke Strömungen darauf hinarbeiten, beweist neben manchem anderen die Tatsache, daß in München ein liberaler Adliger im Auftrag der Regierung die Zentrumsparthei zur Stichwahlhilfe für die Nationalliberalen zu gewinnen suchte, mit der Begründung, es gelte, eine der Abänderung des Reichs-

\* Dieser Bericht erscheint durch das Zusammentreffen verschiedener Umstände um drei Nummern verspätet.

tagswahlrechtliches geneigte Mehrheit zu schaffen. Der Anschlag auf das Koalitionsrecht, der Gesetzentwurf über die die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine wird im neuen Reichstag wiederkehren, und es wird angestrengtester Arbeit vor allem im Lande selbst bedürfen, um seine Annahme zu verhindern. Was an Kolonialforderungen, an Heer- und Flottenforderungen in der Zeiten Schoße ruht, ist noch verborgen; daß es nicht wenig ist, läßt schon der Umstand ahnen, daß Dernburg in seiner letzten Rede schon bedeutend weniger in Rosa malte, als in den früheren. Jetzt wird es ja in Kürze gelten, die Forderungen für die wirtschaftliche Erschließung der Kolonien durch Eisenbahnen neu zu begründen. Daß so wertvolle Anlagen durch Truppen gehörig geschützt werden müssen, verliert sich am Rande.

Halb ist aber der Kolonialschwindel, in dessen Zeichen die Wahlen vor sich gingen, schon eingestanden. Die Enthüllung der anderen Hälfte hat die Sozialdemokratie besorgt. Aus den eigenen Angaben der Regierungsorgane konnte nachgewiesen werden, daß dem Reichstag vor der Aufklärung sorgsam die Tatsache verheimlicht worden ist, daß schon im November Friedensverhandlungen mit den Bondelzwards begonnen hatten!

Die Ehrlichkeit der patriotischen Leute aber erfuhr in den letzten Tagen eine vernichtende Kennzeichnung, durch eine Veröffentlichung eines Münchner Zentrumsblatts, des „Bayerischen Kuriers“. Aus Briefen des Generals Keim vom Flottenverein ergibt sich nicht nur, daß die Regierung die Kosten einer bei den Wahlen entfaltenen Agitation bezahlte, sondern auch, daß diese Überpatrioten für die Stichwahlen ein Bündnis mit der Sozialdemokratie gegen das Zentrum plante, bis ihnen die unzweideutige Stichwahlparole des sozialdemokratischen Parteivorstands mit seinem: „Keine Stimme einem Konservativen oder einem Nationalliberalen!“ das schmierige Konzept verdarb. Man beurteile danach die Ehrlichkeit der „nationalen“ Entrüstung über die angebliche Stichwahlhilfe, die das Zentrum der Sozialdemokratie geleistet hat.

Frankreich erinnerte uns in diesen Tagen wieder daran, wie rückständig Deutschland in bezug auf Rechte des Bürgers ist. In Frankreich schaffte man, um der Kirche den Vorwand billigen Märtyrertums zu nehmen, die Anmeldepflicht für Versammlungen ab, und die Kammer nahm dabei ein sozialdemokratisches Amendement an, wonach die Gemeinden Versammlungsräume allen Parteien zur Verfügung stellen müssen. In Deutschland wurde gleichzeitig der sozialdemokratische Verein für Schwarzburg-Rudolstadt verboten, und in Berlin hatten wir am Stichwahltag die Demonstration der „nationalen Radacreme“, um mit der „Kölnischen Zeitung“ zu reden — eine Demonstration auf offener Straße und mit Reden, die von der Polizei diesmal nicht durch Säbelhiebe gestört wurde, da sie besser instruiert war als am Hauptwahltag, wo sie noch keinen Unterschied zwischen gutgesinnten und nicht gutgesinnten Demonstranten zu machen wußte. Für die Sozialdemokratie aber standen zu selbiger Zeit Truppenteile mit scharf geladenen Gewehren bereit — zum Beweis dafür, daß der Kurs noch derselbe ist, wie am 21. Januar. Wenn zwei daselbe tun, so ist es nicht daselbe.

Auch in Rußland sind Wahlen. Das Ergebnis läßt sich noch nicht überblicken. Aber was bisher vorliegt, das zeigt, daß die Sozialdemokratie und die oppositionellen Parteien trotz aller blutigen „Beruhigungsarbeit“ kräftig weiter leben. Stolypin wird voraussichtlich trotz der tollsten Wahlbeeinflussungen keine reaktionäre Duma zusammenbringen. Die Sache der Freiheit marschiert — trotz alledem und alledem. H. B.

**Genossenschaftliche Rundschau.**

Bei den verflorenen Reichstagswahlen sind die Genossenschaften von den bürgerlichen Wahlmännern in überaus demagogischer Weise in den Kampf gezogen und für reaktionäre Interessen mißbraucht worden, so daß es uns notwendig erscheint, dies Verfahren näher zu beleuchten und gehörig zu brandmarken. Für die Arbeiter und Arbeiterfrauen sind gutfundierte und einwandfrei geleitete Konsumvereine ganz gewiß ein recht brauchbares Hilfsmittel zur Förderung ihrer wirtschaftlichen Interessen, für den einzelnen sowohl als für die Arbeiterschaft als Klasse. Diese Tatsache wird in den breiten Massen des Volkes immer mehr eingesehen, es entwickeln sich in Industriegebieten starke, leistungsfähige Konsumvereine. Hier sehen nun die Gegner der Sozialdemokratie ein, um in der schamlosesten Weise Stimmengang zu treiben. Sie reden dem Spießbürgertum ein, die „sozialdemokratischen“ Konsumvereine der Arbeiter seien mit der Absicht gegründet, den Mittelstand zu vernichten. In Wirklichkeit liegt die Sache natürlich ganz anders. Die Arbeiter nützen alle wirtschaftlichen Vorteile aus, um ihre Lage etwas aufzubessern. Und sie müssen das tun, weil die Massen der Arbeiter erbärmlich entlohnt werden. Gerade dieser Umstand drängt die Arbeiter nach Organisation auch auf dem Gebiet der Konsumenteninteressen. In Dresden zum Beispiel hat man die Konsumvereine auch noch in anderer Weise zu diskreditieren gesucht. Man stellte in großen Wahlaufstellungen die Behauptung auf, die Konsumvereine seien auch — Brotwucherer, weil sie das Brot nicht billiger, sondern zu Tagespreisen verkaufen. So dumm das ist, es soll Leute geben, die einfältig genug sind, auch darauf hereinzufallen. Daß die Konsumvereine in Dresden auf 1 M. Einkauf 8 bis 10 Pf am Jahreschluß in bar zurückzahlen, verschweigen natürlich diese Wahlschwinder. Das ist nur ein Beispiel von vielen, wie man die Konsumvereine in der Wahlagitiation zu diskreditieren zu denunzieren versuchte. Ein Grund mehr für uns, um die Sache nun erst recht zu bedienen!

Aber auch aus anderen Gründen haben die Arbeiterfrauen alle Veranlassung, den Konsumvereinen noch mehr Interesse entgegenzubringen als bisher. Die Reichstagswahl hat ein Ergebnis gezeigt, das zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß gibt. Die noch einmal geglückte Spekulation auf die politische Unreife hat einen reaktionären Reichstag gezeigt. Die Volksfeinde ziehen an Zahl und Einfluß gestärkt in den Reichstag. Die Arbeiterschaft hat also auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet schwere Nachteile zu gewärtigen. Da ist es wohl angebracht, nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß die Konsumvereine noch mehr als bisher der Arbeiterfamilie Nutzen bringen können, wenn ihnen mehr Beachtung geschenkt wird, wenn die Arbeiter in Massen eintreten. Das wäre die beste Antwort auf das nichtswürdige Vorgehen der Scharfmacher gegen die Konsumvereine!

Die geplante Errichtung einer Seifenfabrik der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine (Sitz Hamburg) begegnet unglaublichen Schwierigkeiten. Seit Jahren streiten sich die Genossenschaftler mit den Behörden über die Sache. Von einer Instanz geht es an die andere und wieder zurück, bis dieses Spiel von neuem beginnt. Man schüht hygienische Ablehnungsgründe vor, in Wirklichkeit ist es Voreingenommenheit und Mittelstandsretterei, die bisher den Plan zu hintertreiben wußte. So ging es in Altona, so geht es jetzt wieder in Jersb. Es wird gemeldet, daß das herzogliche Kreisverwaltungsgericht in Jersb die Genehmigung zur Errichtung einer Seifenfabrik der Großverkaufsgesellschaft verweigert hat. Man sieht an diesem Vorgang, mit welchen Hindernissen die Konsumvereine in Deutschland zu kämpfen haben. Einem Privatunternehmer wäre die Genehmigung sicher längst erteilt.

Der Verband Schweizerischer Konsumvereine hat sich im verflorenen Jahre wiederum gut entwickelt. Nach den Zusammenstellungen des Sekretariats sind im Jahre 1906 ins Handelsregister 82 neue Konsumvereine eingetragen worden, von denen sich 25 bereits dem Verband angeschlossen haben. Insgesamt wurden im verflorenen Jahre 86 neue Vereine in den Verband aufgenommen. Die gegenwärtige Anzahl der Verbandsvereine beträgt 237. Die Zentralstelle des Verbandes erreichte im Jahre 1906 einen Umsatz von 8518 400 M., gegen 7314 400 M. im Jahre 1905 und 6 136 800 M. im Jahre 1904.

Die Genossenschaft „Brüsseler Volksapotheken“ ist am 1. Januar 1882 von 35 auf Gegenseitigkeit beruhenden Genossenschaften gegründet worden. Sie kann jetzt also ihr 25jähriges Jubiläum feiern. Im Gründungsjahre eröffnete sie mit 4732 M. ihre zwei ersten Apotheken. Seitdem sind nach und nach zwölf weitere Apotheken aufgemacht worden; einige der letzteren sind in ganz modernem Stile eingerichtet. Im 25jährigen Betriebe erzielte die Genossenschaft einen Umsatz von 5886 509 M. Im Gründungsjahre 1882 betragen die Einnahmen 18004 M., in diesem Jahre haben sie 560 000 M. überschritten. An Reinüberschüssen wurden in der ganzen Periode 2121 174 M. erzielt und gänzlich unter 117 angeschlossene Vereine verteilt. Zurzeit besitzt die Genossenschaft 14 Apotheken, ein eigenes Zentrallager, einen Warenbestand von 88 000 M. und ein Kapital von 85384 M.

Eine Schule zur Ausbildung von Verkäuferinnen in Turin ist im November vorigen Jahres von dem Turiner Konsumverein Alleanza Cooperativa Turinese gegründet worden. Diese Schule ist nur für Töchter der Konsumvereinsmitglieder bestimmt und soll dem Zwecke dienen, den Familienangehörigen der Mitglieder bei Neueinstellungen die Vorhand zu verschaffen, aber auch dem Konsumverein ein Verkaufspersonal heranzuziehen, das seinen Posten nicht nur als Profitstelle betrachtet, sondern ihn auch mit Liebe und Hingebung an die Genossenschafts Sache ausfüllt. Der Lehrkursus dauert vom ersten Sonntag im Oktober jedes Jahres bis zum letzten Sonntag im März des folgenden. Der Unterricht wird allsonntäglich von 8 bis 5 Uhr nachmittags erteilt und von einer dreigliedrigen Kommission aus der Verwaltung überwacht. Am Schluß jedes Kurses findet ein Examen statt und werden Zeugnisse ausgeteilt, die zugleich die Stufenleiter für Annahme der Schülerinnen als Verkäuferinnen im eintretenden Bedarfsfall bilden, doch können die Schülerinnen nicht vor Ablauf des 17. Lebensjahres angestellt werden.

Die Bestrebungen, durch Ausschaltung des Zwischenhandels die Preise, die die Konsumenten für die notwendigen Lebensbedürfnisse zahlen müssen, herabzusetzen und den Urproduzenten einen besseren Verdienst zuzuführen, sowie der Nahrungsmittelfälschung zu begegnen, nehmen auch in den Vereinigten Staaten stetig zu. Die American Society of Equity, eine Organisation, welche von Farmern zu dem Zwecke des Selbstabfahes ihrer Produkte ins Leben gerufen ist entwickelt allenthalben eine rührige Tätigkeit. Sie hat ihren Sitz in Indianapolis und jetzt in Chicago, der Hochburg des Fleischnozs, der den gesamten Handel mit Lebensmitteln in seine Gewalt bringen möchte und zum Teil auch gebracht hat, und hat eine Abteilung zum Absatz von Obst, Gemüse, Geflügel und Molkereierzeugnissen gegründet. Es soll ein Plan ausgearbeitet werden, wie diese Produkte zum unmittelbaren Absatz an die Konsumenten systematisch über das ganze Land verteilt werden könnten. — Die Farmers Educational and Cooperativ Union of America ist eine Organisation von Baumwollpflanzern, die sich namentlich auf die Südstaaten (Texas) erstreckt und den Absatz der Baumwolle unmittelbar an die Spinnereien bezweckt. Mit diesem System der Ausschaltung des Zwischenhandels haben sich die Fabrikanten zufrieden erklärt, und um es zu befestigen, will die Organisation nach einer Konferenz mit den Spinnern eigene Speicher errichten. H. Fl.

**Gewerkschaftliche Rundschau.**

Eine starke Zunahme der in der Industrie beschäftigten weiblichen Arbeitskräfte ergibt sich wiederum aus den Mitteilungen der Gewerbeinspektionen. Nach den aus 19 Bundesstaaten vorliegenden Berichten stieg die Zahl der erwachsenen Arbeiterinnen in den revisionspflichtigen Betrieben von 67 093 auf 76 482, das bedeutet eine Zunahme um 13,9 Prozent im Jahre 1905 gegenüber einem Wachstum um 12,6 Prozent im Vorjahr. Neben sühbarem Mangel an tüchtigen weiblichen Arbeitskräften, so in der Plätterei und Damenschneiderei, und einem Überangebot an Verkäuferinnen und Bureauangestellten wird über ein starkes Verdrängen der Männerarbeit durch Frauen in einigen Gewerben berichtet. So werden weibliche Arbeitskräfte in der Porzellanindustrie als Dreher, Maler und Gießer, in Metallwarenfabriken als Stanzer, in der Holzindustrie als Drechfler und Polierer, ja sogar als Stukkateure beschäftigt gefunden. Nach den Berichten beträgt die Arbeitszeit für Frauen vorwiegend 9 bis 10 Stunden. In Anhalt haben 80 Prozent der Arbeiterinnen, in Bremen fast sämtliche den Zehnstundentag, in Mecklenburg-Schwerin hat ein Drittel der Fabriken mehr als zehnstündige Arbeitszeit. Über Verdöhe gegen den gesellschaftlichen Arbeitschluß an Sonnabenden und den Vorabend der Festtage wird verschiedentlich geklagt. In der Kleider- und Wäschekonfektion werden diese Vorschriften nur in wenigen Werkstätten eingehalten, auch kommt es vor, daß Arbeiterinnen aus Konfektionswerkstätten, die mit einem Ladengeschäft verbunden sind, nach 5 1/2 Uhr abends im Laden weiter beschäftigt werden. — Wie ersichtlich, haben die Arbeiterinnen in ihren gewerkschaftlichen Organisationen noch manche große Aufgabe vor sich: Organisierung der zahlreich der Industrie und dem Handelsgewerbe zuströmenden Arbeiterinnen und Verbesserung und Überwachung des Arbeitens.

Im allgemeinen bietet uns das Jahr 1906 ein Bild erfolgreichen Aufstiegs der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ erhöhte ihre Auflage um 78000 Exemplare, und dem wird ungefähr die Mitgliederzunahme entsprechen. Die Verbände der Maurer und der Holzarbeiter nahmen je um 25 000 Mitglieder zu. Der Textilarbeiter- und der Fabrikarbeiterverband dürften mit ihren die ersten Hunderttausend überschreitenden Mitgliederzahlen etwa die gleiche Zunahme zu verzeichnen haben. Die Hafenarbeiter haben gegen 12000, die Brauereiarbeiter etwa 10000, die Maschinisten ungefähr 5000 Mitglieder gewonnen; der Gastwirtsgehilfenverband hat um 2200, die Handlungsgehilfen um 900, der Verband der Bureauangestellten um 500 zugenommen. Nach Schätzung des „Korrespondenzblattes“ der Generalkommission werden die freien Gewerkschaften am Jahreschluß wahrscheinlich nahe an 1 750 000 Mitglieder herangekommen sein. 1/4 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen in den Kampforganisationen vereinigt, das ist ein höchst befriedigendes Ergebnis, das jedes Gewerkschaftsmitglied zu neuer agitatorischer Werbearbeit begeistern muß, damit die zwei Millionen bald erreicht werden!

Eine Heimarbeitsausstellung, ähnlich der in Berlin veranstalteten, ist zum Herbst dieses Jahres für Frankfurt am Main geplant. Diese Ausstellung wird hauptsächlich Fabrikate aus den Gebirgsgegenden der Rhön, des Spessart, des Oden- und Westerwaldes umfassen. Sie wird wieder einen Einblick in das schrecklichste Heimarbeiterelend gewähren, aber sonst wohl auch nicht mehr positiven Erfolg zeitigen, wie die Berliner Ausstellung. Trotz der Entrüstung, die bis in die höchsten Kreise hinein über das dort zutage tretende soziale Elend geäußert wurde, ist zur Besserung und Milderung dieser Zustände von seiten der Regierung noch nicht der kleine Finger krumm gemacht worden. Wir haben ja auch Nötigeres zu tun! Seht unsere „braven blauen Jungen“ in Südwest-Afrika, denen tut Hilfe nötiger!

Der Kampf in der Berliner Holzindustrie dauert unverändert fort; die Zahl der Ausgesperrten hat 10 000 überschritten. Auch in Leipzig, Dresden, Düsseldorf und Göttingen haben die Unternehmer den Tarif gelündigt. Es scheint demnach ein größerer Schlag gegen den Verband beabsichtigt zu sein.

Die Tarifverhandlungen zwischen dem Lagerhalterverband und dem Zentralverband der Konsumvereine sind gescheitert. In den „Monatsblättern“ des Lagerhalterverbandes wird davon Mitteilung gemacht und daran anschließend ein Dienstvertrag veröffentlicht, der die Anstellungsbedingungen der Lagerhalter und Lagerhalterinnen regelt. Aus demselben sind jedoch auf Wunsch des Zentralverbandes die hauptsächlichsten Forderungen der Lagerhalter über Gehalt, Arbeitszeit, Mantovergütung usw. herausgenommen. Das Organ der Lagerhalter schreibt dazu, daß ohne tarifliche Festlegung dieser Forderungen der Vertrag unannehmbar sei. Hoffentlich kommt's hier nicht zu ernstlichen Differenzen. Die Arbeitsbedingungen, insbesondere der Lagerhalterinnen, erscheinen uns nicht gerade überall rosig, so daß eine tarifliche Festlegung der Mindestforderungen wohl am Platze ist.

Die Fleischergehilfen Eisenbergs, 142 Mann, stehen im Streit, weil ihre Forderungen: eifständige Arbeitszeit, Bezahlung der Überstunden mit 40 Pf. usw. nicht bewilligt wurden. Es wird deshalb von seiten der Organisationsleitung besonders an die Frauen der Appell gerichtet, die sogenannte „Thüringer Wurst“ in Delikatesswarenhandlungen nicht zu kaufen.

Dem Brauerverband hat die Wahlarbeit einen herben Verlust gebracht. Der Zentralvorsitzende Georg Bauer, der eine Reichstagskandidatur inne hatte, hat sich bei der Wahlagitiation eine schwere Erkältung zugezogen, der er erlegen ist. Bauer war politisch und gewerkschaftlich seit vielen Jahren tätig. #

### Notizenteil.

#### Dienstbotenfrage.

Eine Organisation der Dienstboten Bremens ist am 18. Januar in einer öffentlichen Dienstbotenversammlung geschaffen worden. Die Genossinnen hatten seit Wochen eifrig für die Versammlung vorgearbeitet und waren deshalb zu der Hoffnung auf eine rege Beteiligung der Dienstboten berechtigt. Ihre Erwartungen wurden jedoch weit übertroffen. Der Zubrang zu der Versammlung war so groß, daß viele keinen Platz mehr fanden und umkehren mußten. Circa 600 Personen mochten anwesend sein. Der Vortrag des Genossen Jaddach über: „Gesindeordnung und Dienstbotenelend“ wurde mit großer Spannung und begeistertester Zustimmung aufgenommen. In der regen Diskussion, an der sich auch einige Dienstboten beteiligten, wurde durch Einzelheiten voll und ganz bestätigt, daß das Dienstbotenelend auch in Bremen heimisch ist. Die Mädchen schilderten die gesundheitlichen und sittlichen Gefahren, denen sie oft ausgesetzt sind. Wenn sie in berechtigter Entrüstung ihre Ehre verteidigen, müssen sie allerlei Willkür und Schikanen über sich ergehen lassen. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß die armen Hausmädchen allmählich einsehen, daß sie vereinzelt wehrlos sind, daß kein Gesetz sie vor der Willkür und übermäßigen Ausbeutung schützt, und daß die Besserung ihres Loses ihr eigenes Werk sein muß. Mit großer Begeisterung wurde der Aufforderung zugestimmt, eine feste Organisation zu gründen; 300 Mädchen gaben eine Beitrittserklärung ab. — Die zweite Versammlung am 20. Januar, die ebenso wie die erste Sonntag nachmittags stattfand, war nicht minder wirkungsvoll. Es wurden 200 Aufnahmen für den Verein gemacht, der somit schon 500 Mitglieder hat. Hoffentlich lassen sich die Mädchen durch die Herrschaften nicht einschüchtern und davon abhalten, für das Gedeihen ihrer Organisation zu wirken.

In einer Dienstbotenversammlung zu Frankfurt a. M., die am 27. Januar stattfand, sprach Arbeiterssekretär Stoll über das Thema: „Die Dienstbotenbewegung eine Kulturbewegung“. Er gab zunächst einen interessanten historischen Überblick über die Entwicklung des Gesindewesens und die Entstehung der Gesindeordnungen. Darauf besprach er die Forderungen, die zum Schutze der Dienenden gestellt werden müssen: Unterstellung unter die Kranken- und Unfallversicherung, Umwandlung des dienstlichen Zwangsverhältnisses in ein freies Vertragsverhältnis usw. Unsere Forderungen haben nichts mit der Religion zu tun. Die christlichen Dienstbotenorganisationen nehmen nur evangelische und katholische Mädchen auf, wir aber wollen alle befreien. Wir predigen nicht wie die „Christlichen“ Gehorsam und Unterwürfigkeit, sondern wir wollen durch die Schaffung freier Verhältnisse und einer gewissen Gleichberechtigung freie und aufrichtige Menschen erziehen. Zum Schluss wies der Redner darauf hin, daß unser Verein in absehbarer Zeit eine Statistik aufnehmen wolle, und forderte die Mitglieder auf, diese nach Kräften zu unterstützen, damit wir in der Lage sind, die krassten Mißstände aufzudecken. Größte Aufmerksamkeit während des Vortrags und langanhaltender Beifall belohnten den Referenten für seine belehrenden, interessanten Ausführungen. — Einige „christliche“ Jünglinge, die nicht den Mut hatten, in der Diskussion frei und offen ihre Meinung zu sagen, schlichen während des sich an den Vortrag anschließenden geselligen Zusammensitzens umher, um im trüben zu fischen. Unsere Mitglieder sind aber zu hell, und wir sind gewiß, daß die Herren ihre Absicht nicht zur Durchführung bringen konnten. — Zur Stärkung unserer Vereinstafel ging uns von einer wohlwollenden Herrschaft der Betrag von 20 Mk. zu, wofür wir an dieser Stelle dankend quittieren.

Der Münchener Dienstbotenverein hielt im Januar eine Versammlung ab, die sehr gut besucht war. Der vom Genossen Stadhagen ausgearbeitete Vertrag, der in der letzten Versammlung wegen vorgerückter Zeit nicht näher besprochen werden konnte, wurde eingehend behandelt. Es wurde beschlossen, ihn den örtlichen Verhältnissen entsprechend abzuändern und zu diesem Zwecke Fragebogen auszugeben, die gewissenhaft ausgefüllt werden müssen. Ein Antrag, auch männliche Mitglieder aufzunehmen wie der christliche Zentralverein weiblicher und männlicher Herrschaftsbediensteter, wurde angenommen und der Name des Vereins in „Verband der Hausangestellten Münchens“ abgeändert. Da Genossin Timm nur provisorisch als Vorsitzende tätig sein konnte, wurde Genosse Sunetschiner als Vorsitzender gewählt, der die Mitglieder ersuchte, ihn tatkräftig in seinem Amte zu unterstützen. Zweite Vorsitzende ist Genossin Fellner. An der lebhaften Diskussion beteiligten sich mehrere Mädchen. — Am Sonntag den 27. Januar hielt die Organisation einen Faschingsball ab. Von 1/4 Uhr an strömten die Mitglieder herbei, und um 4 Uhr erwiesen sich die gemieteten Räume fast schon als zu klein. Eifrig wurde getanzt. allerlei Belustigungen füllten die Tanzpausen aus. Allgemeinen Beifall fand ein Dienstmädchen, das eine selbstverfaßte Faschingszeitung vorlas. Während des ganzen Abends herrschte ein fröhliches Treiben. — Es sei noch darauf hingewiesen, daß der Verein fast an jedem Sonntag im Restaurant Lampgarten, Jägerstraße 14, eine gesellige Zusammenkunft mit Tanzvergügen oder belehrenden Vorträgen abhält. Anmeldungen werden im Restaurant Peterskeller, Viktualienmarkt Nr. 13, entgegen genommen, wo auch der unentgeltliche Stellennachweis untergebracht ist.

Eine sehr gut besuchte Dienstbotenversammlung in Nürnberg tagte am 18. Januar. Genossin Grünberg referierte unter reichem Beifall über: „Dienstbotenlos und Arbeiterinnenschutzeschaffung“. Die lebhafteste Diskussion brachte

trasse Fälle des Dienstbotenelends ans Licht. Nach dem Schlußwort, in dem die Referentin auf die weit besseren Löhne und Arbeitsbedingungen der Dienstboten in England und Amerika einging, wurden 15 neue Mitglieder aufgenommen und die folgenden neuerrichteten Zahlstellen der Organisation beauftragt:

Eggdienplatz 22, Auskunftstelle Arbeitersekretariat. Bergstraße 511, Stellenvermittlung Frau Rummel. Theresienstraße 23, Vereinslokal „Martin Behaim“. Luitpoldstraße 9, Fränkische Tagespost. Jakobstraße 481, Bureau Zentralverband S. L. Äußere Laufergasse 32, Schuhwarenhandlung Pötelmann. Maxtorgraben 3a, Spezialehandlung Aug. Peter Henleinstraße 37, Schuhwarenhandlung Ph. Stärker. Fürth: Theaterstraße 19, Auskunftstelle Arbeitersekretariat.

Regelmäßige Zusammenkünfte finden jeden 4. Sonntag im Monat von nachmittags 4 1/2 Uhr ab im „Martin Behaim“, Theresienplatz, statt. Dort werden Beitrittserklärungen und Beiträge entgegengenommen, die auch per Post an die oben stehenden Adressen eingesandt werden können.

Der Hamburger Hausfrauenverein hielt am 10. Januar in seinem Heim in der A. B. C.-Straße eine öffentliche Dienstbotenversammlung ab. Außer den Hausfrauen waren etwa 90 Mädchen anwesend. Wie sich am Schluß der Versammlung herausstellte, gehörten etwa 30 davon dem Verein für Dienstmädchen, Wäschfrauen usw. an; sie hatten sich nur, wie sie sagten, den „Rummel“ einmal ansehen wollen. Auch zwei Herren befanden sich unter den Versammelten. Den Vorsitz führte Frau Professor Wendt. Erster Punkt der Tagesordnung: Statutenberatung, das heißt die acht Paragraphen des Statuts wurden einzeln vorgelesen und, nachdem auf jedesmaliges Befragen der Vorsitzenden, ob jemand etwas dagegen einzuwenden habe, mit einem schüchternen „Nein“ geantwortet worden war, als „angenommen“ erklärt. Darauf wurden die Mädchen aufgefordert, ihr. Wünsche zur Verbesserung ihrer Lage vorzutragen. Es begann ein lärmendes Durcheinanderreden, bis die Vorsitzende erklärte: Laut ginge es nur in Männerversammlungen zu, Frauen betragen sich ruhig und sitzsam. Sofort wurde es still. Schüchtern brachten die Mädchen ihre, ach, so bescheidenen Wünsche vor. Bei sämtlichen drehte es sich darum, ob sie alle zwei oder alle drei Sonntage um 2 oder um 3 Uhr ausgehen dürften, und in der Woche um 7 oder um 8 Uhr. Einer der Herren, ein Redakteur Jacobi, ergriff dann das Wort. Er zog es in Erwägung, ob man den Dienstboten nicht nach englischem und amerikanischem Muster den Sonntag überhaupt freigeben solle. Na, da aber! Eine Dame fuhr von ihrem Stuhl empor und erklärte: Es sei das ein sehr verkehrter und völlig andurchführbarer Vorschlag. In England sei man ernstlich und mit Erfolg bemüht, die Sonntagsruhe für die Dienstboten abzusichern, und er wolle solche das Familienleben störende Neubeiten hier einführen. Sonntags, wenn der Hausherr daheim sei, verlange er seine besondere Behaglichkeit, und die solle wegen des Dienstmädchens vermindert werden? Ein Dienstmädchen selbsterklärte der „Gnädigen“ mit der Prügeln verdienen die Frage: „Ja, wenn wir immer Sonntag haben sollen, wann dürfen dann die Herrschaften Sonntag haben?“ Die Augen aller anwesenden Hausfrauen ruhten liebevoll auf dieser Perle von Dummheit — oder Speichelleckerei, der die Herrschaften die Sorge um ihre Behaglichkeit schon noch lohnen werden. Die Wünsche der Mädchen sollten als Grundlage für einen zu entwerfenden Kontrakt dienen. Auf die Fortsetzung des Wunschzettels wurde aber verzichtet, als eine der Mädchen, jedenfalls durch die Ausführungen des Herrn kühn gemacht, den Antrag stellte, es solle kein Mädchen nach 8 Uhr abends im Haushalt mehr etwas zu arbeiten brauchen, außer der Beforgung ihrer eigenen Mahlzeit und kalter Küche für die Herrschaft, und sich um 9 Uhr zurückziehen können. Unter den Hausfrauen entstand ein Gemurmel, und die Vorsitzende meinte: „Es ist wohl besser, es wird von „uns Vorstandsdamen“ ein Kontrakt ausgearbeitet, und Sie sagen mir dann, ob Sie damit zufrieden sind.“ Da erhob sich die Feindin der Sonntagsruhe und erklärte: „Kontrakte für Dienstmädchen sind Unsinn, jede honeste Hausfrau weiß allein, was sie von ihrem Mädchen verlangen kann.“ Die Vorsitzende antwortete — und diesmal hatte sie recht, — daß es leider sehr viele nicht honeste Hausfrauen gäbe. — Darauf kam „Allgemeines“ zur Verhandlung. Frau Professor Wendt schwang die „Gleichheit“ und berichtete: „Es wird in diesem sozialdemokratischen Blatt behauptet, Fräulein Hollander, welche in der vorigen Versammlung ein Referat gehalten hat, sei mein Dienstmädchen, und das Referat sei nicht von ihr verfaßt, sondern entomme einem arderen Kopfe. Ich erkläre, daß Fräulein Hollander nicht mein Dienstmädchen ist; mein Mädchen heißt Krause. Soviel ich weiß, hat Fräulein Hollander das Referat selbst verfaßt, ja, sie war sehr ungehalten, daß wir ihr bei der Abfassung desselben nicht behilflich sein wollten.“ Die Vorsitzende teilte weiter mit, daß der Kassenbestand des Vereins sehr schwach sei und Freunde des Vereins wohl Zuschuß geben müßten, um ihn über Wasser zu halten. Sie erklärte ausdrücklich, daß die „Damen“ nur ein Jahr im Vorstand bleiben würden. Dann hätten die Mädchen den Verein allein weiter zu leiten. Sehr weise, Frau Professor! Sie kennen den schwindstichtigen Kassenbestand, Sie kennen den schwindstichtigen Bestand Ihres ganzen Vereins. Sie berechnen ganz genau, wie lange ein solches Jammerkind, das schon bei der Geburt mit allen Zeichen des Hinwellsens behaftet ist, vegetieren kann. Höchstens ein Jahr! Alsdann ziehen Sie sich in Begleitung der „verehrten gnädigen Frau Eichholz“ zurück, und dann geht die brüchige Sache eben in die Brüche, weil „Ihre Kraft fehlt“. Dann muß man sich eben die Mädchen von der „roten“ Organisation holen, und

das hat noch den Vorteil, daß sie dort nichts „kosten“. — In der Versammlung wurden zwei, sage und schreibe zwei neue Mitglieder für den Verein aufgenommen, drei wurden ihm von unseren Mädchen entzogen und dem Hamburger Dienstbotenverein zugeführt. In einer nächsten Versammlung soll auf Antrag des Herrn Jacobi die rechtliche Lage der Dienenden behandelt werden. — Es war meine Absicht gewesen, mich zum Wort zu melden, aber einem solch armen Wechselbalg, der gänzlich lebensunfähig ist und deshalb schon übers Jahr von seinen Rabeneltern verlassen werden soll, einen Schlag zu verfehen, dagegen sträubte sich mein Proletariatsherz, und ich verzichtete darauf. Der Frau Professor wird das eine Erleichterung gewesen sein, denn aus ihren Reden klang deutlich der Wunsch: „Tu du mir nichts, ich tue dir gewiß nichts.“ Vita Haase.

#### Weibliche Fabrikinspektoren.

Die badische Fabrikinspektorin, Fräulein Dr. Baum, hat zum zweitenmal ihr Entlassungsgesuch eingereicht, nachdem es der Vermittlung des Ministers schon einmal gelungen war, sie zur Zurücknahme eines gleichen Gesuchs zu veranlassen. Ihr Scheiden wird sehr bedauert, da sie wissenschaftlich wie persönlich sehr tüchtig und ihrer Stellung in jeder Weise gewachsen ist. Der Wunsch der Beamtin, ihre bisherige Tätigkeit zu verlassen, ist auf Differenzen mit dem jetzigen Leiter der badischen Fabrikinspektion, Dr. Wittmann, zurückzuführen. Dr. Baum ist nicht die erste tüchtige Persönlichkeit, die seit dem Tode Wörtschoppers der badischen Fabrikinspektion den Rücken kehrt. Dr. Wittmann, früher Fabrikdirektor in Sachsen, hat sich zwar bemüht, wenigstens äußerlich die Art seines Vorgängers fortzusetzen, aber er hat die Selbständigkeit der ihm unterstellten Beamten sehr eingeschränkt und einem kleinlichen Bürokratismus Raum gegeben, der seinem Vorgänger so völlig fremd war, und der den selbständigeren Naturen unter den Beamten die Tätigkeit auf die Dauer unerträglich machte. Das „Korrespondenzblatt“ der Gewerkschaften Deutschlands sagt dazu: „Hoffentlich nehmen unsere Genossen im Landtage Gelegenheit, darauf hinzuwirken, daß die sozialpolitische Wirksamkeit und das Ansehen der badischen Fabrikinspektion nicht unter einem bürokratischen System leiden. Es wäre auf das tiefste zu beklagen, wenn das Erbe Wörtschoppers schon binnen weniger Jahre verschleudert würde.“

#### Verschiedenes.

m. Arbeiterinnen auf der Kandidatenliste. Die Ortskrankenassenwahl in Karlsruhe gab Veranlassung zu einer Polemik zwischen unserem Parteiorgan „Volkshaus“ und dem führenden Zentrumsblatt „Badischer Beobachter“. Letzterer macht dem Karlsruher Gewerkschaftskartell folgenden Vorwurf:

Wir wissen ganz bestimmt, daß das „freie“ Gewerkschaftskartell ursprünglich keine Arbeiterinnen auf seine Liste gesetzt hatte. . . . Als dann die „Genossen“ am Samstag vor der Wahl die Liste des christlichen Gewerkschaftskartells zu Gesicht bekamen, haben sie schnell eine andere Liste aufgestellt.

Wir hoffen, daß das Zentrumsblatt mit dieser Notiz gefunckert hat und daß die Leitung des Karlsruher Kartells den Segenbeweis bringen kann.

#### Quittung.

Im Monat Januar gingen bei der Unterzeichneten für den Agitationsfonds der Genossinnen ein: Alteneffen durch Genossin Schildkamp 4 Mk.; Berlin durch Genossin M. W., 4 Kreis, 100 Mk.; Dieblich a. Rh. durch Genossin Haupt 10 Mk.; Bielefeld für 2000 Merkblätter durch Jenker 16,40 Mk.; Braunschweig für 500 Merkblätter 4,25 Mk.; Callenberg-Lichtenstein durch Genossin Held 10 Mk.; Chemnitz durch Genossin Riemann 52,05 Mk.; Dessau durch Genossin Treuhorst 20 Prozent, 4. Quartal, 9,74 Mk.; Dessau durch Genossin Raue 15 Mk.; Erlangen durch Genossin Ruppenstein 20 Prozent der freiwilligen Beiträge 6 Mk.; Frankfurt a. O. durch Genossin Lange 20 Prozent 3 Mk.; Gera-Debschwich durch Genossin Roedel 12 Mk.; Glauchau durch Genossin Lemler 15 Mk.; Halle a. S. durch Genossin Sachse 20 Mk.; Hamburg überschuß der „Gleichheit“ durch Genossin Fahrenwald 257,20 Mk.; Hof i. Bayern 20 Prozent, 4. Quartal, durch Genossin Böckel 12,94 Mk.; Kalle durch Genossin Haasbach 10 Mk.; Karlsruhe Genossin D. 10 Mk.; Kellinghusen durch Genossin Sell 8,15 Mk.; Kempten i. Bayern durch Genossin Egn 10 Mk.; Köln-Poll durch Genossin Klein 17,50 Mk.; Kronach i. Bayern Holzhändler W durch Genossin Zieh 3 Mk.; Lechhausen 20 Prozent durch Genossin Zeh 4 Mk.; Leipzig für 7000 Merkblätter 57,20 Mk.; Linden a. R. durch Genossin Baupel 2,30 Mk.; Lobberich (Hld.) durch Genossin Jillekens 4,95 Mk.; Mannheim für 1000 Merkblätter 7,50 Mk.; für Bonn 50 Mk. = 57,50 Mk.; Marten von den organisierten Genossinnen durch B. Kähler 10 Mk.; Mittweida durch Genossin Müller 8,20 Mk.; Mülheim a. Rhein durch Genossin Schuhmacher 72 Mk.; N.-Glabbach durch Genossin Panhies 10 Mk.; München durch Genossin Mauerer 50 Mk.; Neumünster durch Genossin Wulff 10 Mk.; Regensburg durch Genossin Sagen 20 Mk.; Singen durch Genossin Sanner 4,20 Mk.; Tüchern durch Genossin Schroeder 10 Mk.; Thale i. Harz durch Genossin Rohdurst 10 Mk.; Weissenfels freiwillige Beiträge durch Genossin Menge 18 Mk. Summa 954,58 Mk.

Dankend quittiert:

Ottolie Baader, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

## Der Sperling.

Gedicht in Prosa von Iwan Turgenjoff.

Ich lehrte von der Jagd zurück und ging durch die Gartenallee. Mein Hund lief voraus. Plötzlich verzögerte er seine Schritte und begann zu schleichen, als witterte er vor sich ein Wild.

Ich blickte die Allee hinunter und gewahrte einen jungen Sperling mit gelbem Schnabelrande und jungem Flaum auf dem Kopfe. Er war aus dem Neste gefallen — ein kräftiger Wind schüttelte die Birken der Allee — und unbeweglich saß er nun da, indem er die kaum hervorgewachsenen Flügelchen hilflos von sich streckte.

Langsam näherte sich ihm mein Hund, als sich plötzlich vom benachbarten Baume ein alter, schwarzbrüstiger Sperling löst, wie ein Stein gerade vor seiner Schnauze niederstürzte und ganz zerzaust und verstört mit verzweifelter, kläglichem Geschrei einige Male gegen den weitgeöffneten, mit großen Zähnen besetzten Kachen lossprang.

Er wollte sein Junges retten, er schirmte es mit seinem eigenen Körper . . . sein ganzer winziger Leib bebte vor Schrecken, sein Stimmchen ward wild und heiser, er starb hin, er opferte sich!

Welch ein gewaltiges Ungetüm mußte der Hund ihm scheinen! Und gleichwohl vermochte er nicht dort oben auf seinem sicheren Nest zu verbleiben. Eine Gewalt, welche stärker war als sein Wille, riß ihn hinweg.

Mein Tresor blieb stehen und wich dann zurück. Offenbar mußte auch er jene Gewalt anerkennen. Ich rief den verdühten Hund zu mir und entfernte mich mit einem Gefühl der Ehrfurcht.

Ja, lachet nicht, ich empfand wirklich Ehrfurcht vor diesem kleinen heldenmütigen Vogel, vor dem leidenschaftlichen Ausbruch seiner Liebe.

Die Liebe, dachte ich, ist doch stärker als der Tod und die Todesangst. Nur durch sie, nur durch die Liebe erhält und bewegt sich das Leben.

## Der Grubenbrand.\*

Von Ada Negri.

In tausend Meter Tiefe ist gelegen  
Im Erdengrund der Schacht.  
Durch Streck' und Stollen wie Wespenster regen,  
Gehannt in ihres Kerkers düstre Nacht,  
Die Grubenleute sich.

Fünfhundert sind's mit Hämmern und mit Stricken,  
Mit Lampen und mit Hau'n.  
Trotz harter Arbeit ungebeugt die Rücken,  
Fünfhundert, schön und kräftig anzuschauen,  
Wie eine Kriegerschar.

Noch keiner hat die Dreißig überschritten;  
Die Kinder und die Frau'n  
Erwarten sie in blüh'nder Felder Mitten,  
Fern von der Schluchten Fährlichkeit und Grau'n  
Im goldnen Sonnenlicht.

Den Weg mit Niesenkraft sich bahnend, bringen  
Sie in den Felsen ein;  
Des Volkes Kräfte frei entfesselt ringen  
Hier mit dem kalten majestät'schen Stein  
Voll wilder Mut.

Sie brechen, reißen, sprengen, hau'n und klopfen  
Voll wüster Grausamkeit,  
Ausgehend alles bis zum letzten Tropfen,  
Indes die Schluchten schon die rechte Zeit  
Zur Rache sich erspähn.

Die Stunde schlägt: bei einer Lampe Springen  
Dröhnt es wie Donnerhall.  
Der bösen Wetter glüh'nde Ströme bringen  
Hervor mit fürchterlichem Witz und Knall;  
Verloren alles ist.

In krachenden Gewölben, unter Trümmern,  
Blutrot und rauchbedeckt,  
Bei der erdrückten Opfer Schrei'n und Wimmern,  
Wie eine Schlange ringelnd hoch sich reckt,  
Empor die Flamme steigt. —

Steigt und zerstört, und in der Glut, die grausam frist  
und zehrt,  
Erscheint die tiefe Höhle bald ein einz'ger Flammenherd.  
Ein Berg von Toten, Sterbenden; die Wallen stürzen ein,  
Und durch die dunkeln Schächte klingt's wie wilder Tiere  
Schrei'n.

Ein Flammenmeer; vom Erdsturz dröhnt der Nachhall  
schauerlich,  
Es öffnet dieser Menschenschar das Grau'n der Hölle sich.  
Doch unterliegen wollen sie, die Lebenden, noch nicht,  
Mit rasendem Naturtrieb hängt ihr Leib am Lebenslicht.  
Sie stürzen durch die Schächte hin, verzweifelt, nackt und  
bloß,

Gleich irdenden Dämonen in des Abgrunds glüh'ndem  
Schloß.  
Berstet die Blusen, starr das Aug' aus seiner Höhlung  
quillt,

Sie zerr'n sich an den Mauern hin, voll Blut, vor Schrecken  
wild;

Nach Luft, nach Luft verlangend nur! . . . Nach heiterem  
Sommenglühn,  
Nach frischem, freiem Windeshauch, nach duft'ger Wiesen  
Grün,  
Dem ewig reinen Azurblau, das endlos uns umschleift,  
Nach allem, was noch atmen kann, was Leben, Leben  
ist! . . .

O dieses Sklavenleben, das sie hier in Nacht verlebt,  
In düstern Höhlen, wo stets Qualm und Staub die Luft  
durchweht;

Dies menschenwürd'ge Leben, fern von Blut' und Sonnen-  
strahl,  
Dies Leben in der Dunkelheit, voll Schrecken, Not und  
Qual,

Sie sehnen sich jetzt heiß danach. Es klammert sich die  
Hand  
Mit der Verzweiflung Wahnsinn an die starre Felsen-  
wand.

Es sucht nach Luft ein jeder Mund und atmet Rauch  
nur ein,  
Ein Chaos ist von Blut und Staub die Erde jetzt allein.  
Zerschmetternd alles stürzt und bricht, ringsum nur Schutt  
und Tod,

Die Tollheit der Materie herrscht, von wilder Glut um-  
loht.

Die Flamme sinkt herab und steigt und prasselt, blüht und  
schwärmt,  
Und auf dem großen Leichenfeld sie höhrend, knisternd  
lärm't.

Aus Haß und Mord besteht sie nur, und der Verwüstung  
Nacht  
Schreit sie voll ungestillter Mut der Sieg'rin zu „voll-  
bracht“.

• • • • •

. . . Vorbei ist alles. — Morgen, hundertweise,  
Bringt man aus Sonnenlicht, verstümmelt, starr,  
Bei wüstem Angst- und Wehgeschrei im Kreise,  
Die Reste der gefallenen Schar.

Den rauchenden, zerschmetterten Gebeinen  
Naht schluchzend, zitternd sich ein Niesenhauf,  
Und tausend Lippen brücken unter Weinen  
Das Mal des Schmerzes ihnen auf.

Dann wirft man durcheinander sie auf Karren,  
Und während Trauerfahnen wehn herab,  
Begleitet man die großen Leichenscharen  
Zur Ruh' in ein vereintes Grab.

Nun wird Vergessen um die Gräber weben,  
Doch glüh'nder Rosen-, Hyazinthenflor  
Blüht, wie durch Gottesfuß geweckt zum Leben,  
Aus der Verblichnen Staub hervor.

Man erntet Halm' und Ahren auf den Feldern,  
In die man edler Menschen Kraft gesät,  
Und in den Myrten- und Zypressenwäldern,  
Dem Hauch, der aus den Wiesen weht,

Im unschuldsvollen, heitern Flügelschwingen,  
Das durch die Lüfte flattert weit und breit,  
Fühlt man als warme Lebenswelle dringen  
Die Freude, die die Erde beut.

. . . Jedoch der Toten Söhne, arme Leute! . . .  
In Glend aufgewachsen und in Not,  
Bergmänner werden ebenfalls sie heute  
Für einen Solde und ein Brot.

Und einen nach dem andern sieht man steigen  
Hernieder in der tiefen Höhlen Nacht.  
Dort straucheln sie vielleicht beim ernstest Schweigen  
Der Arbeit einst im düstern Schacht

Auf Aberresten ihrer Väter, Brüder;  
Ein innerer Kampf durchbebt sie, tiefes Grau'n.  
Die Stirnen beugen sich, es fallen nieder  
Mit dumpfem Dröhnen Pfa' und Hau'n.

. . . O träge, schmachvoll unterdrückte Masse,  
Was nützt es dir denn, schön und stark zu sein.  
Kannst du dich nur zum Sklaven machen lassen,  
Wär's besser, dich dem Tod zu weihn! . . .

Das Feuer lebe, dessen Blut verzehret  
Die Lumpen und des Hungers Glend hier,  
Das Feuer lebe, das ins Nichts verkehret  
Das lummervolle Innre dir.

Das eine Stunde doch für dich entzündet  
Das Mitleid dessen, der nichts weiß von Leid,  
Das aller Müh' und Schmerzen dich entbindet,  
Dir süßen Schlaf und Frieden beut.

Das Feuer lebe, das dem in der Sonne  
Des Glücks sich Weidenden zuruft: „Erwach!“  
Verlaß der Liebesträume holde Wonne,  
Verlaß das festliche Gemach.

Entblöß das Haupt, am Boden brich zusammen  
Mit bleichem Antlitz und gebeugten Knien,  
Denn bei der Arbeit unter Schutt und Flammen  
Sank in den Tod dein Bruder hin! . . .

## Heimarbeit.

Von G. W.

Viel Zeit zu den Schularbeiten blieb ihr nicht, der kleinen, blassen Grete Winter; und mit dem Spielen, dem lustigen, ausgelassenen Tollen und Spielen der Kindheit hatte sie mit ihren zwölf Jahren schon abgeschlossen. Für sie hieß es: arbeiten! Arbeiten und verdienen! Der Mutter helfen!

Und die Mutter nähte Blusen für ein großes Geschäft.

So sitzen sie heut wie jeden Tag und arbeiten und nähen beim trüben, gelben Petroleumlicht bis spät in die Nacht. Weich und zart und duftig ist die Seide, und wundervoll und kostbar ist sie bestickt. Aber miserabel ist der Lohn, und hart und sauer müssen sie ihr langes Brot verdienen! — Und je später es wird, je länger sie nähen, desto langsamer gehen die Finger, und desto schwerer wird die Nadel in den Händen des Kindes. Auf sein kränzlichblaues Gesicht, das so deutlich die verhärmten und vergrämten Züge der Mutter widerspiegelt, legt sich schwere, erdrückende Müdigkeit. Und in seine Augen zieht der Schlaf. — Aber sie will! Sie muß! Und mühsam näht sie die kleinen, grünen Linsen auf die grünen Blätter der Stickerie. O, wie schön ist doch das Muster! Blätter und Ranken und Rosen. Schöne, prachtvolle, sich eben erschließende rote Rosenknospen, in regelmäßigen Bindungen sich von der Brust zur Achsel hebend. . . .

Und schwerer und schwerer wird die Nadel, und langsamer gehen die Finger. Mühevoll hält sie die Augen offen und näht . . . und näht . . . kleine, grüne Linsen auf die Stickerie. . . .

„Guh!“ Erschrocken fuhr Grete empor, und entsetzt starrt sie auf die Seide in ihrer Hand. Zwischen den schönen, knospenden Rosen glänzt dunkelrot ein Blutstropfen aus ihrem Finger.

Schweigend sieht die Mutter auf, die Lippen fest zusammengepreßt. Der Schrecken nahm ihr die Worte. — Die Stickerie ist verdorben; das muß sie bezahlen. — Woche für Woche abzahlen. O, die Leute im Geschäft nehmen keine Rücksicht. Und die Stickerie ist so teuer, so furchtbar teuer.

„Geh' nur zu Bett, Grete. Du bist schon zu schläfrig.“ Das klang nicht leidenschaftlich und nicht vorwurfsvoll, nicht gütig und auch nicht mitleidig. Es klang so tonlos, so trostlos, wie es nur hier in diesem von der Lampe geheizten, armseligen Zimmer klingen konnte; ja, es klang so, wie es hier klingen mußte!

Schweigend legt Grete ihre Arbeit zusammen und geht zu Bett. Und wie sie sich niederlegt, da steigt es in ihr auf so weh und so bang, und heiße, bittere Tränen strömen still und stumm über die mageren, bleichen Wangen.

Die Mutter näht emsiger als zuvor. Sie blickt nicht auf; sie sieht nicht, wie ihr Kind weint. Aber sie fühlt es! Jede Träne ihres Kindes rinnt ihr heiß und wehe und brennend durch die Brust und durch das Herz. . . .

Und die Tränen des Kindes sammeln sich in ihrer Seele zu einem Meer tiefsten Schmerzes und Zammers. Die Tränen des Kindes sind es, die sie immer aufs neue und immer wieder aufs neue in die Arbeit und in den Kampf, in das entsetzliche Ringen ums Dasein treiben. . . .

Und sie näht . . . und näht . . . stundenlang allein . . . sie fragt nicht nach der Zeit . . . sie näht so lange, wie sie bei dem elenden Lohn nähen muß, um nur notdürftig und kümmerlich ihren kleinen Haushalt bestreiten zu können.

Als sie endlich aufgehört hat, tritt sie an das offene Fenster, um Kühlung zu suchen. Ihre Augen brennen, und ihr Kopf ist so heiß. Sie blickt hinunter in den Hof; in den Hof, wo Sonntags die Heilsarmee singt und in der Woche die Leierkasten spielen. In den Hof, der eigentlich gar kein Hof ist, sondern nur ein ober, kahler Schacht zwischen hohen, grauen Häusermauern. Alle Fenster sind dunkel. Nirgend mehr Licht. — Modriger, dumpfigwarmer Geruch füllt die Luft, die unbeweglich und schwer in dem steinernen Schachte steht. Aber oben, über die Dächer, da streicht der Wind und treibt frisch und lebendig am dämmrigen Nachthimmel die Wolken vor sich her. O, käm' er doch herunter und segte einmal mächtig durch die engen Höfe und Gassen und Straßen. —

O käm' doch ein Wind — käm' doch ein Sturm! gewaltig und stark genug, um all das Erdrückende und Tötende, und all das Qualende und Widerliche, was hier die Luft erfüllt und was sie mit jedem Atemzug in sich auffangen muß, für immer zu zerstreuen und zu zerstäuben!

O käme doch ein Sturm! . . .